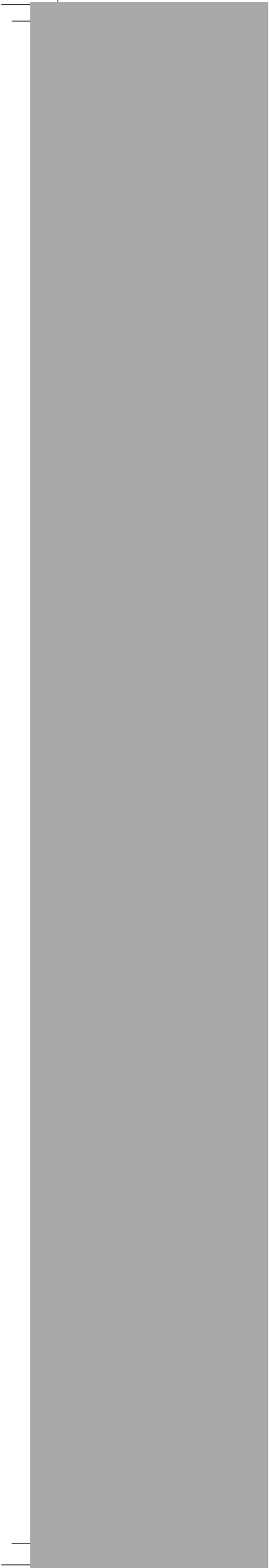


Jahresbericht

2010



Kontakt:
Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF)
Am Ledenhof 3-5
D-49074 Osnabrück
Fon: +49.(0)541.600.35.42
Fax: +49.(0)541.600.79.039
www.bundesstiftung-friedensforschung.de
info@bundesstiftung-friedensforschung.de

© 2011 Deutsche Stiftung Friedensforschung
Gestaltung, Satz und Herstellung: atelier-raddatz.de und DSF
Druck: Günter-Druck GmbH, Georgsmarienhütte
Alle Rechte vorbehalten.
Printed in Germany 2011

Spendenkonto der Deutschen Stiftung Friedensforschung:
Sparkasse Osnabrück, Konto 1230, BLZ 265 501 05

Inhalt

Vorwort	4
I. Die Fördertätigkeit der Stiftung	6
1. Forschungsprojektförderung.....	6
1.1 Struktur und Rahmenbedingungen der Forschungsprojektförderung	6
1.2 Die Förderung größerer Forschungsvorhaben	9
1.3 Neuveröffentlichungen in der Reihe „Forschung DSF“.....	14
1.4 Förderung des „Friedensgutachten“	14
1.5 Forschungsinitiativen der DSF	15
1.6 Die Förderung von Kleinprojekten	21
1.7 Die Förderung von Vernetzungsprojekten der Friedens- und Konfliktforschung.....	33
2. Struktur- und Nachwuchsförderung.....	35
2.1 Georg Zundel-Stiftungsprofessur „Wissenschaft und Technik für Frieden und Sicherheit“ an der TU Darmstadt	36
2.2 Carl Friedrich von Weizsäcker-Stiftungsprofessur „Naturwissenschaft und Friedensforschung“ an der Universität Hamburg.....	36
2.3 Promotionsförderung mit Betreuungssystem	37
2.4 Masterstudiengang Friedens- und Konfliktforschung am Zentrum für Konfliktforschung der Universität Marburg	37
II. Transferaktivitäten und Veranstaltungen	39
1. Parlamentarischer Abend 2010 zur Einbindung von Gewaltakteuren in Friedensprozesse	39
2. Vernetzung der Stiftung in Wissenschaft, Praxis und Öffentlichkeit	43
III. Aufgaben und Struktur der Stiftung	44
1. Der Stiftungsrat.....	44
2. Der Wissenschaftliche Beirat.....	48
3. Die Geschäftsstelle der Stiftung in Osnabrück	49
IV. Finanz- und Wirtschaftsbericht	50
1. Bilanz 2010	50
2. Ertragsrechnung 2010	51
V. Anhang	55
A. Zusammenfassende Darstellungen der im Jahr 2010 in die Förderung aufgenommenen Forschungsvorhaben	55
B. Wissenschaftliche Veröffentlichungen aus von der DSF geförderten Projekten	60

Vorwort



Die Deutsche Stiftung Friedensforschung stellt im Jahresbericht 2010 ihre Förderbereiche vor und gibt einen Einblick in ihre Struktur und Arbeitsweise. Sie informiert zudem über Veranstaltungen und Ereignisse, die im zurückliegenden Jahr von Bedeutung waren.

Die Aktivitäten der Stiftung untergliedern sich in drei zentrale Bereiche: Die Kernaufgabe besteht in der Förderung von Forschungsprojekten, die einen fach- oder einen interdisziplinären Schwerpunkt in der Friedens- und Konfliktforschung haben können. Die Bandbreite wissenschaftlicher Disziplinen reicht hierbei von den Natur- bis hin zu den Sozial- und Geisteswissenschaften.

Der zweite wichtige Förderschwerpunkt liegt in der Struktur- und Nachwuchsförderung, mit der die institutionellen Grundlagen der Friedens- und Konfliktforschung in Deutschland gestärkt werden sollen. Hierfür legte die Stiftung ein Sonderprogramm auf, das inzwischen weitgehend abgeschlossen ist.

Schließlich richtet die Stiftung eigene Veranstaltungen aus, um zum einen neue Impulse für die wissenschaftliche Forschung zu geben, zum anderen die Vermittlung von Forschungsergebnissen in die politische Praxis und Öffentlichkeit aktiv zu unterstützen.

Im Rahmen der Forschungsprojektförderung bewilligte die Stiftung im Jahr 2010 Fördermittel in einer Gesamthöhe von rund 632 Tsd. Euro. Hiervon entfielen 461 Tsd. Euro auf größere Forschungsvorhaben, 136 Tsd. Euro auf Kleinprojekte und 10 Tsd. Euro auf Netzungsvorhaben. Als Sonderprojekt wurde das „Friedensgutachten“ mit 25 Tsd. Euro unterstützt. Damit konnte die Stiftung ihre Förderleistungen trotz der angespannten Ertragslage auf dem Niveau des Vorjahres halten.

Ein zentrales Ereignis im Berichtsjahr war das Internationale Symposium „Religionen und Weltfrieden. Zum Friedens- und Konfliktlösungspotenzial von Religionsgemeinschaften“, das die Stiftung vom 20. bis 23. Oktober 2010 mit zwei Kooperationspartnern und mit großzügiger finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung in Osnabrück ausrichtete.

Außerdem konnte die Stiftung im Jahr 2010 ihr zehnjähriges Gründungsjubiläum feiern. Die DSF wurde im Oktober 2000 durch die Bundesrepublik Deutschland als Einrichtung der Forschungsförderung gegründet, um „die Friedensforschung ihrer außen- und sicherheitspolitischen Bedeutung gemäß insbesondere in Deutschland dauerhaft zu stärken und zu ihrer politischen und finanziellen Unabhängigkeit beizutragen“.¹

Das Modell einer kapitalgedeckten Stiftung bürgerlichen Rechts war das Ergebnis einer mehrjährigen Debatte, wie die Förderung der Friedens- und Konfliktforschung in Deutschland auf eine dauerhafte institutionelle Grundlage gestellt werden kann. Die damalige Bundesministerin für Bildung und Forschung, Edelgard Bulmahn, berief bereits Anfang November einen Gründungsvorstand, dem Professor Egon Bahr, Prof. Dr. Dr. Dieter S. Lutz und Christiane Lammers angehörten. Die Wahl des Stiftungssitzes fiel auf die Friedens-

¹ §2 (1) der Stiftungssatzung.

stadt Osnabrück, wo im Friedenssaal des Historischen Rathauses Ende April 2001 die konstituierende Sitzung des Stiftungsrats stattfand.

Im Zeitraum von 2000 bis 2010 stellte die Stiftung Fördermittel in einer Gesamthöhe von rund 13 Mio. Euro für Projekte der Friedens- und Konfliktforschung bereit. Hiervon entfielen rund 7,8 Mio. auf die Unterstützung für größere und kleinere Forschungsvorhaben und 5,2 Mio. auf die Struktur- und Nachwuchsförderung. Mit diesen Leistungen wurde die Förderkapazität der Stiftung bis an die Grenzen des finanziell Möglichen ausgereizt.

Eine sichtbare und bleibende Stärkung der Friedens- und Konfliktforschung erzielte die DSF insbesondere durch ihre Anschubfinanzierung für die Einrichtung von Masterstudiengängen und mit der institutionellen Verankerung der naturwissenschaftlichen Friedensforschung durch zwei Stiftungsprofessuren. Die strukturierte Promotionsförderung trug dazu bei, Nachwuchskräften den Sprung in die wissenschaftliche Forschung zu eröffnen.

Mit einer Festveranstaltung am 2. Dezember 2010 im Haus der EKD in Berlin zog die Stiftung eine Bilanz ihrer bisherigen Aktivitäten und suchte zugleich den Blick auf zukünftige Herausforderungen zu richten.²

In seiner Festrede hob Prof. Dr. Harald Müller (HSFK) die Aufgabe der Stiftung hervor, „dem grundgesetzlichen Friedensgebot wissenschaftlich zu dienen und loyal all jenen zuzuarbeiten, die gewählt wurden, diesem Gebot Geltung zu verschaffen“. Die durch die DSF in den vergangenen zehn Jahren geförderten Projekte drehten sich um die „neuralgischen Punkte deutscher Friedenspolitik“. Hierdurch sei abrufbares Wissen geschaffen worden, das in vielfältige Aktivitäten einfließen sei, mit denen die Stiftung die Kommunikation zwischen Friedensforschung und Politik zu verbessern suchte. Die allgemeine Anerkennung von Seiten der Politik, die die DSF hierdurch erlangt habe, müsse sich künftig auch in einer besseren finanziellen Ausstattung niederschlagen.

Mit der Hoffnung, dass dieser Appell in den kommenden Jahren Gehör finden wird, verbindet sich der Dank der Stiftung an alle, die in den vergangenen zehn Jahren, insbesondere aber im Berichtsjahr 2010, zum Gelingen der Stiftungsaktivitäten beigetragen haben.

Hervorzuheben sind vor allem die zahlreichen Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, die durch ihre ehrenamtliche Gutachtertätigkeit einen wesentlichen Beitrag dazu leisteten, dass die Stiftung ihre Aufgaben erfüllen konnte. Der Dank richtet sich zudem an die Projektnehmer und Projektnehmerinnen, die für die Veranstaltungen der DSF bereitwillig ihre Expertise zur Verfügung stellten. Die Stiftung bedankt sich ferner bei ihren Kooperationspartnern für die konstruktive Zusammenarbeit, die für eine erfolgreiche Verwirklichung von gemeinsamen Projekten unerlässlich ist.

Kurz vor der Drucklegung des Jahresberichts 2010 erreichte uns die traurige Nachricht vom Tod des ehemaligen Stiftungsvorsitzenden Prof. Dr. Volker Rittberger. Er gehörte dem Stiftungsrat von Dezember 2001 bis Juni 2011 an und übte von September 2003 bis April 2010 mit großem Engagement das Amt des Stiftungsvorsitzenden aus.

Die Stiftung wird Herrn Professor Rittberger ein ehrendes Andenken bewahren.

Prof. Dr. Michael Brzoska
Vorsitzender der DSF

2 Siehe Normen, Akteure und Konflikte im Wandel? Friedenspolitik in einer multipolaren Welt. Veranstaltung aus Anlass des zehnjährigen Bestehens der Deutschen Stiftung Friedensforschung im Haus der EKD, Berlin 2. Dezember 2010, Osnabrück 2011 (=Forum DSF, No 4).

I. Die Fördertätigkeit der Stiftung

1. Forschungsprojektförderung

1.1 Struktur und Rahmenbedingungen der Forschungsprojektförderung

Die Deutsche Stiftung Friedensforschung erfüllt den Stiftungszweck insbesondere durch ihre Förderprogramme. Eine der Kernaufgaben der Stiftung besteht in der Forschungsprojektförderung, mit der die DSF wissenschaftliche Untersuchungen und Veranstaltungen im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung finanziell unterstützt. Die Vergabe der Fördermittel ist nicht an einzelne thematische Schwerpunkte gebunden. Anträge auf Projektförderung können aus unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen und zu vielfältigen friedenswissenschaftlichen Themenstellungen eingereicht werden. Des Weiteren gehören die Vernetzung von Lehr- und Forschungsaktivitäten, die Unterstützung des Ergebnistransfers sowie die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und die Stärkung der strukturellen Entwicklung der Friedens- und Konfliktforschung zu den zentralen Zielsetzungen der Stiftung.

Über ihre Fördertätigkeit hinaus kann die DSF satzungsgemäß auch eine initiiierende Rolle übernehmen, indem sie mit eigenen Veranstaltungen dazu beiträgt, neue Forschungsthemen für die Friedens- und Konfliktforschung zu erschließen bzw. einschlägige Forschungen über die wissenschaftlichen Fächergrenzen hinweg miteinander zu vernetzen. Mit diesem Ziel richtet die Stiftung nationale und internationale Konferenzen sowie Forschungskonsultationen aus und versucht, bereits vorhandene Forschungsinteressen und -expertisen zusammenzuführen. In den vergangenen Jahren widmete die DSF vor allem der Rolle von Religionen in Konflikten und Friedensprozessen sowie den möglichen Auswirkungen des globalen Klimawandels auf das Konfliktgeschehen besondere Aufmerksamkeit.

Der Förderpraxis der DSF liegen die Leitlinien der Forschungsförderung zugrunde, die im Jahr 2000 unter dem Titel „Umgang mit friedensgefährdenden Konflikten“ durch eine in der Gründungsphase der Stiftung berufene Struktur- und Findungskommission ausgearbeitet worden waren. Die Leitlinien definieren folgende drei zentrale Themenbereiche:

- Die Dynamik gefährlicher Konflikte
- Die Einmischung Dritter in gefährliche Konflikte
- Institutionen und Strategien der Zivilisierung gefährlicher Konflikte

Nachdem die Stiftung im Herbst 2008 erstmalig die Forschungsprojektförderung einer Evaluierung unterzogen hatte, leitete sie einen stiftungsinternen Prüfprozess ein, ob die in den Leitlinien aufgeführten Schwerpunktthemen noch hinreichende Aktualität besitzen oder ob sie gegebenenfalls überarbeitet werden müssen. Ergebnisse lagen im Berichtsjahr noch nicht vor.

In den „Rahmenbedingungen Forschungsprojektförderung“ legte der Stiftungsrat die Förderkonditionen sowie die Bewertungskriterien für eingereichte Forschungsvorhaben fest. Wichtige Maßstäbe sind vor allem die wissenschaftliche Qualität und Originalität der Vorhaben. Darüber hinaus werden Überlegungen zum geplanten Ergebnistransfer in die politische Praxis und Öffentlichkeit sowie strukturelle Faktoren wie z. B. die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und die internationale Zusammenarbeit in die Gesamtbeurteilung einbezogen. Für die Antragstellung stehen verschiedene Leitfäden zur Verfügung, die Hinweise zur sinnvollen Gestaltung der Anträge auf Projektförderung geben.

Für ihre Forschungsprojektförderung weist die Stiftung insgesamt drei Förderbudgets aus, um Vorhaben mit unterschiedlichen Zielsetzungen, Laufzeiten und Finanzvolumina unterstützen zu können:

- Das am höchsten dotierte Budget steht für die Förderung von größeren Forschungsvorhaben zur Verfügung. Seit der Aufnahme der Fördertätigkeit im August 2001 nahm die DSF insgesamt 53 größere Forschungsvorhaben in die Förderung auf. Die hierfür aufgewendeten Fördermittel belaufen sich auf eine Gesamthöhe von 6,6 Mio. Euro. Bis Ende 2010 wurden insgesamt 42 Forschungsprojekte abgeschlossen.
- Ein weiteres Förderbudget ist der finanziellen Unterstützung von Kleinprojekten in Form von kleineren Forschungsvorhaben oder Pilotstudien, Tagungen, Publikationen und Fachzeitschriften vorbehalten. Seit der Stiftungsgründung konnten mit diesen Mitteln fast 130 Kleinprojekte mit einem Gesamtvolumen von 1,06 Mio. gefördert werden.
- Zusätzlich zur Kleinprojektförderung richtete die Stiftung im Jahr 2008 ein Förderangebot für Vernetzungsprojekte im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung ein. Hiermit sollen vor allem Projekte von etablierten Netzwerken unterstützt werden, die über keine institutionelle Anbindung und Finanzierungsmöglichkeit verfügen. Die Förderleistungen in diesem Segment belaufen sich bislang auf rund 28 Tsd. Euro.
- Auf seiner Sitzung vom 30. November 2010 beschloss der Stiftungsrat, aus diesem Budget künftig auch Transferprojekte zu fördern. Mit diesem erweiterten Förderangebot will die Stiftung Anreize schaffen, originelle Vorhaben zu entwickeln, die der Vermittlung von Erkenntnissen aus der Friedens- und Konfliktforschung in die politische Praxis und Öffentlichkeit dienen. Für die Antragstellung steht ein gesonderter Leitfadens zur Verfügung.
- Mit einem eigenen Budget unterstützt die Stiftung ferner das jährlich erscheinende „Friedensgutachten“, das von fünf deutschen Friedensforschungsinstituten herausgegeben wird. Die Förderleistungen der Stiftung erstrecken sich über einen fünfjährigen Zeitraum von 2007 bis 2011 und betragen insgesamt 125 Tsd. Euro.

Die im Rahmen der Forschungsprojektförderung unterstützten Vorhaben lassen sich, von wenigen Ausnahmen abgesehen, folgenden Themenschwerpunkten zuordnen:

- Friedensvölkerrecht und internationale Organisationen
- Gewalt- und Krisenprävention
- Intervention in Gewaltkonflikte
- Friedenskonsolidierung nach Beendigung von Gewaltkonflikten
- Rüstungskontrolle und Abrüstung
- Friedenspädagogik
- Historische Friedensforschung

Bereits in der Gründungsphase hatte die Stiftung eine zweite Förderlinie eingerichtet, die der nachhaltigen Stärkung der Friedens- und Konfliktforschung in Deutschland gewidmet war. Im Rahmen des Programms zur Struktur- und Nachwuchsförderung, das durch einen

begrenzten Verzehr von Stiftungskapital in Höhe von fünf Mio. Euro finanziert wurde, förderte die DSF die Einrichtung von vier Masterstudiengängen, einer strukturierten Promotionsförderung an drei Standorten sowie von zwei Stiftungsprofessuren für die naturwissenschaftliche Friedensforschung. Diese Form der Strukturförderung fand mit der Bewilligung von Fördermitteln für die Georg Zundel-Stiftungsprofessur an der TU Darmstadt im Jahr 2009 ihren Abschluss. Die Stiftung bietet derzeit keine Förderprogramme an, die auf eine gezielte Förderung friedenswissenschaftlicher Strukturen und des wissenschaftlichen Nachwuchses ausgerichtet sind.

Für die drei unterschiedlichen Segmente der Forschungsprojektförderung sind jeweils eigene Verfahren und Förderkonditionen festgelegt worden:

- Größere Forschungsvorhaben haben eine Laufzeit von bis zu 24 Monaten. Anträge auf Projektförderung können zweimal jährlich, zum 1. Juni und 1. Dezember, bei der Geschäftsstelle eingereicht werden. Der Förderhöchstbetrag liegt bei 175 Tsd. Euro. Für die fachliche Bewertung der Forschungsvorhaben holt die Stiftung mindestens zwei unabhängige Fachgutachten ein. Bei Eigenanträgen aus dem Kreis der im Stiftungsrat vertretenen Institutionen oder Personen ist ein obligatorisches Drittgutachten durch den zuständigen Fachgutachter der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) vorgesehen. Die Gutachten bilden die Grundlage für die Förderentscheidungen des Stiftungsrats der DSF.
- Kleinere Vorhaben sind auf einen Förderhöchstbetrag von 20 Tsd. Euro begrenzt. Die Antragstellung ist nicht an feste Termine gebunden. Ein angemessener zeitlicher Vorlauf zum vorgesehenen Durchführungszeitraum ist jedoch erforderlich. Für die fachliche Beurteilung der eingereichten Anträge wird in der Regel ein externes Fachgutachten eingeholt. Die Entscheidung über die Anträge auf Förderung von Kleinprojekten fällt in die Zuständigkeit des Geschäftsführenden Vorstands der DSF.
- Aus dem Budget für Kleinprojekte fördert die Stiftung zudem Fachzeitschriften. Hierdurch will sie einen Beitrag sowohl zur nachhaltigen Strukturförderung als auch zur Unterstützung der Fachkultur im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung leisten. Für eine zweijährige Strukturförderung können Anträge mit einem Volumen von bis zu zehn Tsd. Euro (max. fünf Tsd. Euro pro Jahr) bei der Stiftung eingereicht werden, für die Förderung von Einzelheften mit originellen Themenschwerpunkten werden bis zu fünf Tsd. Euro bewilligt. Über die Modalitäten der Antragstellung informiert ein gesonderter Leitfaden.
- Für Anträge auf Förderung von Vernetzungsprojekten im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung steht nur ein begrenztes Budget (10 Tsd. Euro) zur Verfügung. Es können somit nur Projekte mit einem kleineren Fördervolumen unterstützt werden. Die Antragstellung ist nicht an feste Termine gebunden. Sie muss jedoch mit einem angemessenen zeitlichen Vorlauf zum vorgesehenen Durchführungszeitraum erfolgen. Die Bewilligung der Anträge auf Förderung von Vernetzungsprojekten fällt ebenfalls in die Zuständigkeit des Geschäftsführenden Vorstands der DSF.

Im Rahmen der Groß- und Kleinprojektförderung fördert die Stiftung auch internationale Kooperationsprojekte der Friedens- und Konfliktforschung. Voraussetzung hierfür ist die Beteiligung einer deutschen Partnerinstitution, über die die finanzielle Abwicklung des Projektes erfolgt. Sofern das Vorhaben im Ausland stattfindet, können vorzugsweise die anteiligen Projektkosten der inländischen Einrichtung übernommen werden.

1.2 Die Förderung größerer Forschungsvorhaben

Das Förderbudget für größere Forschungsvorhaben betrug im Jahr 2010 insgesamt 500 Tsd. Euro. Im Vergleich zum Vorjahr (600 Tsd. €) standen aufgrund der Ertragslage der Stiftung deutlich weniger Mittel zur Verfügung. Im Rahmen der Budgetvorgabe nahm die Stiftung im Berichtsjahr insgesamt drei Forschungsvorhaben neu in die Förderung auf. Die bewilligten Fördermittel beliefen sich auf eine Gesamthöhe von rund 460 Tsd. Euro. Die Förderquote lag bei 30 Prozent.

Zum 1. Juni 2009 gingen bei der Geschäftsstelle fünf neue Anträge auf Projektförderung mit einem Volumen von 765 Tsd. Euro ein. Nach Abschluss des Begutachtungsverfahrens konnten Fördermittel für die folgenden beiden Vorhaben bewilligt werden:

Im Jahr 2010 in die Förderung aufgenommene Forschungsvorhaben Antragstermin: 1. Juni 2009	
Dealing with the Past and Peacebuilding in the Western Balkans	Projektleiterin: Dr. Martina Fischer Berghof Conflict Research, Berlin
Forschungsprojekt Laufzeit: 24 Monate März 2010 bis Februar 2012 Fördersumme: 169.647 Euro	Projektbearbeiterin: Dr. Ljubinka Petrovic-Ziemer,

Das Forschungsprojekt widmet sich einer Themenstellung, die auch im internationalen Vergleich eine zunehmende Bedeutung für die Friedens- und Konfliktforschung erlangt hat. Eine dauerhafte Friedenskonsolidierung in Nachkriegsgesellschaften erscheint nur möglich, wenn Krieg, Gewalt und Menschenrechtsverletzungen aufgearbeitet werden. Unter dem Begriff *Transitional Justice* werden sehr unterschiedliche Vorstellungen, Konzepte und Aktivitäten zusammengefasst, die auf dieses Ziel ausgerichtet sind. Das Projektteam um Dr. Martina Fischer vom *Berghof Conflict Research* in Berlin wählte für die Untersuchung drei Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawiens, Bosnien-Herzegowina, Kroatien und Serbien, aus, deren Gesellschaften stark durch die kriegerischen Auseinandersetzungen in den 1990er Jahren geprägt sind. Ausgangspunkt des Vorhabens ist die „Umbruchssituation“, die durch das Auslaufen des Mandats für das Haager Jugoslawientribunal entsteht. Die Verantwortung für die strafrechtliche Verfolgung von Kriegsverbrechen wird an nationale Gerichte übergeben. Im Mittelpunkt der Forschungsarbeiten stehen zunächst die Konzepte und Aktivitäten der „Protagonisten“ von *Transitional Justice*. Hierbei werden die Interaktionen staatlicher und nichtstaatlicher Akteure sowohl auf der lokalen und regionalen als auch auf der staatlichen und internationalen Ebene analysiert. Darüber hinaus wird danach gefragt, in welcher Beziehung diese Aktivitäten zu anderen gesellschaftlichen und politischen Diskursen stehen, wie sie z. B. von politischen Parteien, religiösen Gemeinschaften, Veteranenvereinigungen und Opferverbänden geführt werden. Hieraus sollen Schlussfolgerungen über die Wirkung von *Transitional-Justice*-Prozessen

und ihre gesellschaftspolitische „Reichweite“ gezogen werden. Bei den Forschungsarbeiten arbeitet das Projektteam eng mit lokalen Partnern zusammen. Die Befunde des Vorhabens sollen insbesondere auch den einschlägigen zivilgesellschaftlichen Organisationen in den Untersuchungsländern zugänglich gemacht werden. Das Forschungsprojekt ist dem Förderschwerpunkt „Friedenskonsolidierung“ zuzuordnen.

Im Jahr 2010 in die Förderung aufgenommene Forschungsvorhaben	
Antragstermin: 1. Juni 2009	
Völkerrechtliche Einhegung unbemannter bewaffneter Systeme	Projektleiter: Prof. Dr. Thilo Maruhn Franz von Liszt-Institut für internationales Recht und Rechtsvergleichung, Justus-Liebig-Universität Gießen
Forschungsprojekt Laufzeit: 21 Monate Mai 2010 bis Januar 2012 Fördersumme: 132.450 Euro	Projektbearbeiter: Philipp Stroh

In den letzten Jahren lässt sich sowohl im zivilen als auch im militärischen Bereich ein deutlicher Trend zur vermehrten Entwicklung unbemannter Systeme mit unterschiedlicher Reichweite und Leistungsfähigkeit beobachten. Militärisch werden diese Systeme nicht mehr nur für Aufklärungszwecke, sondern in verstärktem Maß auch für bewaffnete Einsätze ausgerüstet. Der wachsenden Bedeutung dieser Waffensysteme in Friedens- und Kriegzeiten steht jedoch eine vergleichsweise geringe rechtliche „Verregeldichte“ gegenüber. Das von Prof. Dr. Thilo Maruhn, Universität Gießen, geleitete Forschungsvorhaben nimmt die mit der zunehmenden Verbreitung dieser Waffensysteme einhergehenden sicherheitspolitischen Risiken zum Anlass, die bestehenden internationalen Regelungsansätze und Normen eingehend zu analysieren, um Schlussfolgerungen über die Regelungslücken und den politischen und rechtlichen Regelungsbedarf zu ziehen. Hiermit greift das Projektteam eine Fragestellung auf, die bislang keine hinreichende Beachtung in der internationalen Forschung fand. Die Forschungskonzeption sieht vor, zwischen humanitär-völkerrechtlichen Aspekten des Themas und rüstungskontrollrechtlichen Fragen zu unterscheiden. Hierfür werden zum einen die unterschiedlichen Anwendungsbereiche völkerrechtlicher Normen (Friedensvölkerrecht/Humanitäres Völkerrecht) bei den Einsatzkonstellationen von unbemannten Systemen außerhalb und in bewaffneten Konflikten untersucht. Zum anderen geht das Projektteam der Frage nach, welche gültigen Rüstungskontrollverträge für die unbemannten Systeme relevant sind und wie eine unkontrollierte Proliferation dieser Waffensysteme, z. B. durch Exportkontrollen, verhindert werden kann. Die wissenschaftlichen Befunde sollen in die politische Praxis und Öffentlichkeit vermittelt werden. Das Forschungsprojekt ergänzt die Untersuchungen eines weiteren durch die DSF geförderten Vorhabens, das sich aus technischer Perspektive mit den Trends und Gefahren von

unbemannten bewaffneten Systemen auseinandersetze.³ Es leistet Beiträge zu den Förderschwerpunkten „Internationale Organisation des Friedens“ sowie „Rüstungskontrolle und Abrüstung“.

Zum 1. Dezember 2009 gingen bei der Geschäftsstelle wiederum fünf neue Anträge auf Projektförderung mit einem Volumen von 686 Tsd. Euro ein. Aufgrund begrenzter Fördermittel konnte nur ein Forschungsvorhaben bewilligt werden:

Im Jahr 2010 in die Förderung aufgenommene Forschungsvorhaben	
Antragstermin: 1. Dezember 2009	
Lokale Konflikt-dynamiken: Umweltwandel, Ernährungskrisen und Gewalt in Sub-Sahara Afrika	Projektleiter: Prof. Dr. Sven Chojnacki Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft, Freie Universität Berlin
Forschungsprojekt Laufzeit: 24 Monate August 2010 bis Juli 2012 Fördersumme: 157.272 Euro	Projektbearbeiterin: Dr. Bettina Engels

Seitdem steigende Nahrungsmittelpreise im Jahr 2008 weltweit zu teilweise heftigen Protesten und Unruhen geführt hatten, wurde wiederholt darauf hingewiesen, dass die Verknappung von Nahrungsmitteln sich zu einem strukturellen Problem entwickeln könnte, das ein hohes Potenzial für Krisenentwicklungen und Instabilität bis hin zu kollektiver Gewalt in sich birgt. Das von Prof. Dr. Sven Chojnacki, FU Berlin, geleitete Forschungsvorhaben orientiert sich jedoch weniger an den mitunter alarmistischen Szenarien in der öffentlichen Debatte, sondern geht von der Beobachtung aus, dass die Zusammenhänge zwischen umweltinduzierten Ernährungskrisen und Gewaltkonflikten in der internationalen Forschung noch kaum systematisch untersucht worden sind. Die Diskussion über die Folgewirkungen des Klimawandels gehe häufig von einem vereinfachenden Zusammenhang zwischen ökologischem Wandel und Gewalt aus. Am Beispiel der beiden afrikanischen Staaten Äthiopien und Niger soll untersucht werden, durch welche sozialräumlichen Bedingungen die Ernährungskrisen beeinflusst werden und welche unterschiedlichen Konfliktfaktoren und -prozesse zu Destabilisierung und Gewalt führen. Der Schwerpunkt der Untersuchung liegt auf Räumen unterhalb der staatlichen Ebene. Das Projektteam wird sich vor allem mit den Fragen befassen, in welchen ländlichen oder städtischen Räumen Konflikte gewaltsam eskalieren, gegen welche Ziele sich die Gewalt richtet und welche Akteure beteiligt sind. Es wird zudem die lokalen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Bedingungen analysieren, die sich verschärfend oder vermindern auf den gewaltsamen Austrag von Konflikten auswirken. Schließlich sollen auch die Formen und Institutionen der Konfliktregelung in die Untersuchung einbezogen werden, die unter Umständen einen wichtigen Beitrag zur Verhinderung von Gewalt leisten oder als Instrument zur Gewalteskalation eingesetzt werden können. Bei ihren Forschungsarbeiten stützt sich das

³ Unbemannte bewaffnete Systeme – Trends, Gefahren und präventive Rüstungskontrolle. Projektleitung: Prof. Dr. Dieter Suter, Experimentelle Physik III, TU Dortmund, Laufzeit: April 2009 bis Januar 2011.

Projektteam auf eine enge Kooperation mit lokalen Partnern. Die Ergebnisse des Vorhabens sollen einschlägigen Fachkreisen in staatlichen Institutionen und in Nichtregierungsorganisationen zur Verfügung gestellt werden. Das Forschungsprojekt ist dem Förderschwerpunkt „Gewalt- und Krisenprävention“ zuzuordnen.

Auf seiner letzten Sitzung im Berichtsjahr traf der Stiftungsrat zudem eine Entscheidung über die zum 1. Juni 2010 eingereichten Anträge auf Projektförderung. Zu diesem Termin wurden nur drei Forschungsvorhaben eingereicht, von denen eines in die Förderung aufgenommen werden konnte. Die Bewilligung der Fördermittel wird dem Berichtsjahr 2011 zugeordnet.

Im Jahr 2010 laufende und abgeschlossene Forschungsprojekte

Zusätzlich zu den drei neu in die Förderung aufgenommenen Forschungsvorhaben unterstützte die Stiftung im Jahr 2010 folgende in den Vorjahren bewilligte Projekte:⁴

Thema	Projektleiter/Institution	Laufzeit
Entschuldigung und Versöhnung in der internationalen Politik	Prof. Dr. Christopher Daase Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt a.M. Lehrstuhl Internationale Organisationen Exzellenzcluster „Normative Ordnungen“	April 2008 bis März 2011
Zwischen Kontrolle und Kooperation – Technologietransfers und Bemühungen um die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen	Prof. Dr. Götz Neuneck Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH)	August 2008 bis Juni 2011
Religion und Bürgerkrieg: Zur Ambivalenz religiöser Faktoren im subsaharischen Afrika	Dr. Matthias Basedau GIGA –Institut für Afrika-Studien, Hamburg	Dezember 2008 bis Mai 2011

⁴ Über 24 Monate hinausgehende Förderzeiträume sind auf kostenneutrale Laufzeitenverlängerungen zurückzuführen.

Nicht-staatliches Konfliktmanagement. Möglichkeiten und Grenzen von Nichtregierungsorganisationen im Umgang mit nicht-staatlichen Gewaltakteuren	Prof. Dr. Ulrich Schneckener Fachbereich 1, Universität Osnabrück	August 2008 bis April 2011
Obstruktion von Friedensoperationen durch politisierte Bürokratien	Prof. Dr. Wolfgang Seibel Julian Junk Fachbereich Politik- und Verwaltungswissenschaft, Universität Konstanz	September 2009 bis August 2011
Global Economic Cost of Conflict (GECC)	Prof. Dr. Tilman Brück Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin	Juni 2009 bis Mai 2011
Verantwortung und Vertrauen als komplementäre Formen gesellschaftlicher Friedensstiftung	PD Dr. Alfred Hirsch Institut für Philosophie, Universität Flensburg	April 2010 bis Dezember 2011
Unbemannte bewaffnete Systeme – Trends, Gefahren und präventive Rüstungskontrolle	Prof. Dr. Dieter Suter Experimentelle Physik III, TU Dortmund	April 2009 bis Januar 2011

Im Jahr 2010 lief die Förderung für folgende Forschungsprojekte aus:

- **Strategie, Anarchie oder fehlendes internationales Engagement? Zur Logik von einseitiger Gewalt in Bürgerkriegen**
Projektleiter: Dr. Margit Bussmann und Prof. Dr. Gerald Schneider, Fachbereich Politik- und Verwaltungswissenschaft, Universität Konstanz
Laufzeit: November 2007 bis April 2010
- **Bedrohung auf der (Medien-) Agenda – Krisenkommunikation im Nachrichtenprozess**
Projektleiter: Prof. Dr. Georg Ruhrmann, Institut für Kommunikationswissenschaft, Universität Jena und Prof. Dr. Michaela Maier Institut für Kommunikationspsychologie und Medienpädagogik, Universität Koblenz-Landau
Laufzeit: Oktober 2008 bis November 2010

- **Feldevaluation friedensbauender Maßnahmen**

Projektleiter: Prof. em. Dr. Volker Lenhart, Institut für Bildungswissenschaft, Universität Heidelberg
Laufzeit: März 2009 bis November 2010

Die Projektleiter der abgeschlossenen Forschungsvorhaben stellen der Stiftung einen zusammenfassenden Ergebnisbericht zur Verfügung, der durch Abschlussgutachten evaluiert wird.

1.3 Neuveröffentlichungen in der Reihe „Forschung DSF“

Die zusammenfassenden Ergebnisberichte, die auch aus kleineren Forschungsvorhaben oder Pilotstudien hervorgehen können, werden in der Regel in der stiftungseigenen Reihe „Forschung DSF“ veröffentlicht. Im Jahr 2010 konnten folgende Ausgaben erscheinen:

- **Andreas Mehler/Daniel Lambach/Judy Smith-Höhn**

Legitimate Oligopolies of Violence in Post-Conflict Societies with particular Focus on Liberia and Sierra Leone. Osnabrück 2010 (Heft 23).

- **Sabine Kurtenbach/Oliver Hensengerth**

Politische und gesellschaftliche Brüche nach dem Krieg: Jugendgewalt in Kambodscha und Guatemala. Osnabrück 2010 (Heft 25).

Die Forschungsberichte liegen in einer gedruckten Fassung vor und stehen zusätzlich als Download auf der Internetseite der Stiftung zur Verfügung.

1.4 Förderung des „Friedensgutachten“

Das jährlich erscheinende „Friedensgutachten“ wird gemeinsam von fünf deutschen Friedensforschungsinstituten – BICC, FEST, HSKF, IFSH und INEF – herausgegeben. In Politik und Öffentlichkeit erhält die Publikation stets große Aufmerksamkeit und hat sich somit zu dem zentralen Kooperationsprojekt der deutschen Friedens- und Konfliktforschung entwickelt. Anhand ausgewählter Themenschwerpunkte werden aktuelle internationale Konflikt dynamiken und friedenspolitische Entwicklungen analysiert und hieraus Empfehlung bzw. Handlungsoptionen für die deutsche und europäische Friedenspolitik abgeleitet.

Die Stiftung fördert das „Friedensgutachten“ über einen Zeitraum von fünf Jahren (2007 bis 2011) mit einem Gesamtbetrag von 125 Tsd. Euro.

Das „Friedensgutachten 2010“, das federführend von der Forschungsstätte der evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) in Heidelberg betreut wurde, widmet sich in seinem ersten Themenschwerpunkt dem Krieg in Afghanistan. In ihrer Stellungnahme kommen die Herausgeber zu dem Ergebnis, dass die Afghanistanpolitik gescheitert ist. Ein Ende der bewaffneten Auseinandersetzungen sei trotz erheblicher Verstärkungen der NATO-Truppen noch immer nicht in Sicht. Die Sicherheitslage habe sich eher verschlechtert und die von den westlichen Staaten gestützte afghanische Regierung habe deutlich an Legitimität eingebüßt. Es sei kaum gelungen, über die Städte hinaus „funktionierende staatliche Strukturen aufzubauen“. Generell fehle es der westlichen Afghanistanpolitik an klaren, vor allem prioritären Zielsetzungen, so dass zu Recht von einem bloßen „Durchwursteln“ gesprochen werden könne. Die Herausgeber diskutieren insgesamt vier Handlungsoptionen, die alle mit hohen Risiken verbunden seien.



Der zweite Themenschwerpunkt befasst sich mit der Frage, wie nichtstaatliche Gewaltakteure und ihre staatlichen Kontrahenten zu Akteuren einer gewaltfreien politischen Auseinandersetzung werden können. Anhand von insgesamt 14 Fallbeispielen analysiert das „Friedensgutachten“, welche Gewalt- und Organisationsformen für die jeweiligen Konflikte typisch sind und welche politischen und gesellschaftlichen Bedingungen die Konflikt dynamiken beeinflussen. Des Weiteren gehen die Beiträge der Frage nach, wie die Konflikte transformiert werden können und welche unterschiedlichen Modelle vom „Siegfrieden“ bis hin zu Machtteilungen und Verhandlungslösungen in der Praxis zu beobachten sind. Die Herausgeber des „Friedensgutachten“ betrachten es als eine zentrale friedenspolitische Aufgabe, die zahlreichen Gewaltkonflikte zwischen Regie-

rungen und nichtstaatlichen Gewaltakteuren zu beenden und schlagen hierfür geeignete Strategien vor.

Außerdem enthält das Friedensgutachten zwei kleine Themenblöcke zur anhaltenden öffentlichen Debatte über die Vision eines weltweiten Abbaus von Atomwaffen sowie zu den sicherheitspolitischen Folgen der Weltwirtschaftskrise.

Dem „Friedensgutachten“ ist es in den letzten Jahren gelungen, eine zentrale Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Praxis zu besetzen. Dies spiegelt sich in der erfolgreichen Öffentlichkeitsarbeit der Herausgeber wider. So wurde auch die Ausgabe 2010 auf der Bundespressekonferenz in Berlin vorgestellt. Darüber hinaus wurde die Publikation in Kooperation mit *Women in International Security* (deutsche Sektion) einer interessierten Öffentlichkeit präsentiert. Die Herausgeber stellten Einzelergebnisse und Empfehlungen in den einschlägigen Ausschüssen des Deutschen Bundestages vor und führten Gespräche u.a. im Auswärtigen Amt, im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie im Bundeskanzleramt.

Ein breiteres Publikum erreichen die Herausgeber des „Friedensgutachten“ ferner über eine wachsende Zahl von Arbeitstagen und Seminaren, auf denen die Analysen und Handlungsoptionen vorgestellt und diskutiert werden.

In Zusammenarbeit mit dem International Security Information Service Europe (ISIS) erreicht das Friedensgutachten auch die Ebene der europäischen Politik. Die ins englische übertragene Stellungnahme der Herausgeber bildete die Grundlage für eine Diskussionsveranstaltung im Europäischen Parlament.⁵

1.5 Forschungsinitiativen der DSF

In Ergänzung zur weitgehend nachfragegesteuerten Forschungsprojektförderung ergriff die Stiftung in den vergangenen Jahren die Initiative, in Kooperation mit Partnerinstitutionen zwei neue Themenfelder für die Friedens- und Konfliktforschung zu erschließen:

- Die Rolle von Religionen und Religionsgemeinschaften in Gewaltkonflikten und Friedensprozessen
- Die friedensgefährdenden Folgen des globalen Klimawandels

⁵ Für weitere Informationen und Hinweise siehe die Internetpräsenz des „Friedensgutachten“ unter <www.friedensgutachten.de>.

Beide Initiativen führten zu vielfältigen neuen Forschungsaktivitäten, die sich auch in thematisch einschlägigen Projekten niederschlugen, die durch die Stiftung gefördert werden konnten.⁶

Die Forschungsinitiative zur Rolle der Religionen und Religionsgemeinschaften in Gewaltkonflikten und Friedensprozessen bildete auch den Ausgangspunkt für das Internationale Symposium „Religionen und Weltfrieden. Zum Friedens- und Konfliktlösungspotenzial von Religionsgemeinschaften“, das die Stiftung vom 20. bis 23. Oktober 2010 gemeinsam mit dem Forschungsverbund Religion und Konflikt⁷ und dem Wissenschaftlichen Rat der Osnabrücker Friedensgespräche⁸ in der Friedensstadt Osnabrück ausrichtete. Die großzügige Förderung durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung in Höhe von 250 Tsd. Euro machte es möglich, die Tagung hochkarätig mit nationalen und internationalen Referenten und Referentinnen zu besetzen und sie für ein breitgefächertes Publikum aus Wissenschaft und Praxis zu öffnen. Hierbei erwies sich die Zerteilung des Symposiums in einen wissenschaftlichen Kernbereich und in öffentlichkeitswirksame Begleitveranstaltungen als überaus hilfreich, da hierdurch unterschiedliche Zielgruppen für eine Teilnahme gewonnen werden konnten.

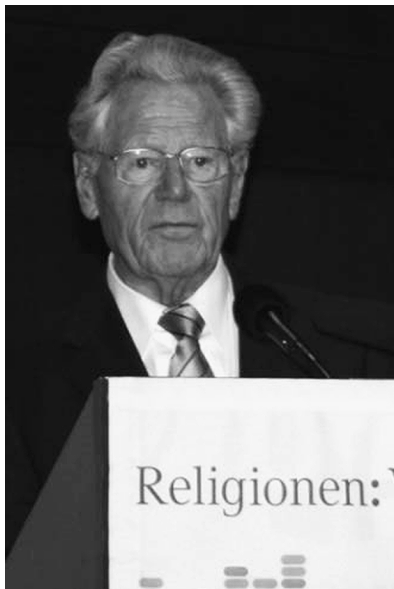
Die leitenden Fragestellungen des Symposiums gingen von der Beobachtung aus, dass die friedensfördernden und -stiftenden Potenziale von Religionen und Religionsgemeinschaften in den öffentlichen und wissenschaftlichen Debatten über das Verhältnis von Religion und Gewalt häufig nur eine sehr marginale Beachtung finden. Es überwiegt die Wahrnehmung von Religion als gewalteskalierendem Faktor. Nur allzu schnell werden Gewaltkonflikte, deren Akteure unterschiedlichen Religionsgemeinschaften angehören, in die Kategorie „religiöse Konflikte“ eingeordnet. Zu dieser Einseitigkeit trägt nicht zuletzt auch der transnationale Terrorismus dabei, der seine Terrorakte mit religiösen Formeln zu legitimieren sucht.

Das Internationale Symposium „Religionen und Weltfrieden“ richtete den Blick deshalb gezielt auf die Rolle von Religionen bei der Gewaltprävention, der Deeskalation von Gewaltkonflikten und in Friedensprozessen. Mit diesem Perspektivwechsel sollten neue Impulse sowohl für die wissenschaftliche Forschung, insbesondere für die Friedensforschung, als auch für die öffentliche Debatte über Religion und Konflikt gegeben werden. Wenn Religionsgemeinschaften, so die Ausgangshypothese des Symposiums, einen konstruktiven Einfluss auf gewaltförmig ausgetragene Konflikte sowie auf die Friedenskonsolidierung und Gewaltprävention nehmen können, dann ergibt sich hieraus nicht nur die Aufgabe, dieser Thematik eine deutlich größere wissenschaftliche Aufmerksamkeit zu widmen, sondern auch ein politisches Interesse, dieses Potenzial weiterzuentwickeln und effektiver in Friedensprozesse einzubringen.

6 Für Hinweise siehe die Jahresberichte 2007, 2008 und 2009 der DSF.

7 Der Forschungsverbund Religion und Konflikt wird von Dr. Markus Weingardt, Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) in Heidelberg koordiniert. Siehe <www.religionundkonflikt.de>.

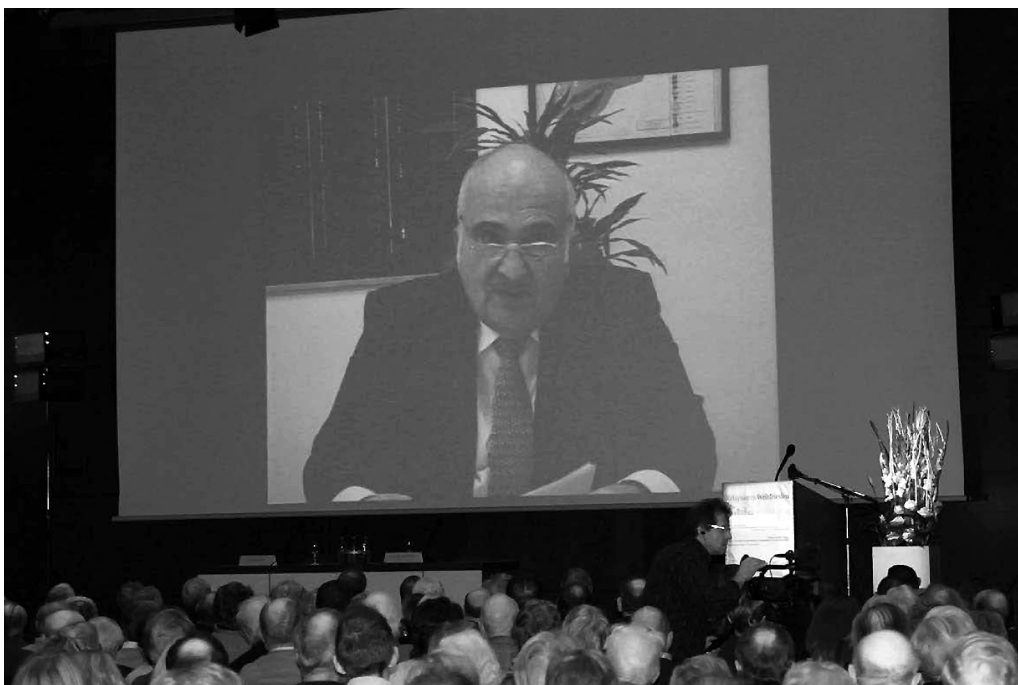
8 Siehe <www.friedensgespraeche.de>.



Den Eröffnungsvortrag des Symposiums hielt der Theologe Prof. Dr. Hans Küng, der sich als Gründer und Präsident der Stiftung Weltethos seit vielen Jahren für den Dialog und Frieden zwischen den Weltreligionen einsetzt. Er mahnte in seinem Beitrag nachdrücklich an, dass die Religionen eine gemeinsame Vision vom Frieden in der Welt entwickeln müssten. Dass hierin ein großes Potenzial liege, verdeutlichten zahlreiche Beispiele von praktischer Friedensarbeit von Religionsgemeinschaften. Küng appellierte an die gemeinsame Verantwortung von Religionsgemeinschaften und Politik, sich für friedliche Lösungen von Konflikten einzusetzen.

Die große Beachtung, die dem Symposium geschenkt wurde, spiegelte sich auch in der Videobotschaft von Prinz Hassan bin Talal aus Jordanien (s. Foto unten) wider, die bei der Eröffnungsveranstaltung abgespielt werden konnte.

Auch der ehemalige Staatspräsident des Iran, Mohammad Chatami, der seiner Einladung zum Symposium nicht folgen konnte, ließ es sich nicht nehmen, eine Grußbotschaft zu senden. Beide Dokumente sind auf der Internetseite des Symposiums einzusehen.⁹



9 Siehe <www.religionenundweltfrieden.de>.



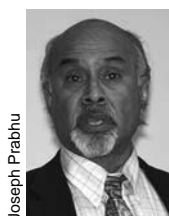
Scott Appleby

Der erste Tag des Symposiums stand ganz im Zeichen der Auseinandersetzung mit den Friedensbotschaften der fünf großen Weltreligionen Buddhismus, Hinduismus, Islam, Christentum und Judentum. Hierbei richteten die Referenten nicht nur den Blick auf die religiösen Quellen von Friedensvorstellungen und Konzepten, sondern auch auf die ambivalenten Einstellungen zu Toleranz und Gewalt.



Ayse Kadayifci-Orellana

Zu diesen Themenkomplexen referierten renommierte Experten wie **Scott Appleby** vom *Kroc Institute for International Peace Studies, University of Notre Dame*, der sich mit dem Christentum auseinandersetzte, sowie Peter Harvey, ein Buddhismusforscher von der *University of Sunderland*, der in seinem per Videokonferenz eingespielten Vortrag eindrücklich die buddhistischen Friedenskonzepte vorstellte.



Joseph Prabhu

Der Vortrag von **Ayse Kadayifci-Orellana**, *American University Washington*, zu den Friedensvorstellungen im Islam fand auch deshalb große Beachtung, weil sie sich auf ihre praktischen Erfahrungen mit interreligiösem Dialog und religiöser Friedensarbeit stützen konnte.

Mit dem Hinduismus, insbesondere seinem Einfluss auf das Denken Mahatma Gandhis, befasste sich **Joseph Prabhu**, *California State University*.



Ben Mollov

Ben Mollov, *Bar Ilan University*, referierte über religiös motivierte Friedenskonzeptionen in wichtigen Strömungen in der jüdischen politischen Ideengeschichte.

Am zweiten Tag des Symposiums richteten die Referenten und Referentinnen die Aufmerksamkeit auf den Stand der Forschung zum Friedenspotenzial von Religionsgemeinschaften und diskutierten Erklärungsansätze für das ambivalente Verhältnis zu Frieden und Gewalt.



David Little

Den einführenden Plenumsvortrag hielt **David Little**, *Harvard Divinity School*, der sein Analysemodell zur Untersuchung ethnisch-religiöser Konflikte vorstellte. Hierbei rückte er vor allem die Rolle von religiöser Toleranz und Intoleranz für das Entstehen von Gewaltkonflikten sowie ihre jeweiligen Ursachen ins Zentrum seiner Analyse. Religion könne einerseits Unterdrückung und Intoleranz auslösen, was insbesondere in autoritären Staaten zum Missbrauch von Religion führe. Demokratische Strukturen hingegen förderten den Schutz von Minderheiten, die Wahrung der Religionsfreiheit und eine Verringerung von ethnisch-religiös motivierter Gewalt.



Gerhard Robbers

Das friedensfördernde Potenzial der Religionsgemeinschaften wurde auf den folgenden Panels aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet. **Gerhard Robbers** hob hervor, dass die Kooperation zwischen Staat und Religionsgemeinschaften der Schlüssel für eine friedliche Koexistenz sei. Der Staat sei der Garant religiöser Freiheit, weshalb seine Aufgabe darin bestehe, den interreligiösen Dialog und Respekt zu fördern.



Mustafa Ali

Am Beispiel der zahlreichen Gewaltkonflikte auf dem afrikanischen Kontinent wiesen **Mustafa Ali**, African Council of Religious Leaders, und **Matthias Basedau**, GIGA – Institut für Afrika-Studien, darauf hin,

dass es auf das Zusammenwirken verschiedener Konfliktfaktoren ankomme, ob Religion Gewalt oder Frieden begünstige. Mangels einschlägiger Forschung fehlten realistische Einschätzungen dazu, wie das friedensfördernde Potenzial von Religionen besser genutzt werden könne.

Shanta Premawardhana, *World Council of Churches*, setzte sich mit der Frage auseinander, unter welchen Bedingungen Religion in Konfliktkonstellationen für politische Zwecke negativ instrumentalisiert wird und wie solchen Entwicklungen entgegengewirkt werden kann.

Den Widersprüchen zwischen dem universalistischen Anspruch der Menschenrechte, ihren friedenspolitischen Grundwerten und religiösen Positionen widmete sich der Beitrag von **Javaid Rehman**, *Brunel University London*. Hierbei fokussierte er insbesondere auf die Diskussionen im Islam.

Daniel Philpott, *University of Notre Dame*, hob hervor, dass Religionen sowohl in der Theorie als auch in der Praxis einen wesentlichen Beitrag zu Versöhnungsprozessen nach Gewaltkonflikten geleistet hätten. Das in den Religionen verwurzelte Prinzip der Versöhnung beeinflusse maßgeblich einschlägige politische Konzeptionen und Handlungsstrategien.

Der dritte Tag des Symposiums hatte seinen Schwerpunkt auf ausgewählten Beispielen der praktischen Friedensförderung in verschiedenen Weltregionen.

In seinem einführenden Plenumsvortrag verdeutlichte **Jeffrey Haynes**, *London Metropolitan University*, dass Religion eine noch immer starke, teilweise sogar zunehmende Bedeutung für die Identität von Individuen und sozialen Gruppen, insbesondere in den Entwicklungsländern, habe. Insofern habe der Faktor Religion einen nicht unwesentlichen Einfluss auf die Entwicklung von Gewalt- und Friedensprozessen in der internationalen Politik.

In parallel stattfindenden Workshops wurden Erfahrungen aus dem ehemaligen Jugoslawien, dem Irak, Kolumbien, Mozambique und Südafrika in sehr eindrücklicher Weise vorgestellt.

Der Generalsekretär von *Sant'Egidio*, **Cesare Zucconi**, machte auf die vielseitigen Möglichkeiten informeller Vermittlungsaktivitäten durch Religionsgemeinschaften in akuten Konfliktsituationen oder bei der Beilegung von Konflikten aufmerksam. Positive Erfahrungen hatte seine Organisation insbesondere in Mozambique gesammelt.

Der Gründer der buddhistischen Sarvodaya-Bewegung in Sri Lanka, **A. T. Ariyaratne**, berichtete über sein Fünf-Punkte-Programm zur Konfliktlösung, das auch längerfristige wirtschaftliche, psychologische und spirituelle Auswirkungen von Gewalt berücksichtigt.

Susan Hayward, *United State Institute for Peace*, schilderte in ihrem Beitrag am Beispiel des Irak, wie der interreligiöse Dialog einen Beitrag dazu leisten kann, durch den Abbau von religiösen Stereotypen und kulturellen Missverständnissen Gewaltbereitschaft zu überwinden.



Matthias Basedau



Shanta Premawardhana



Javaid Rehman



Daniel Philpott



Jeffrey Haynes



Cesare Zucconi



A. T. Ariyaratne

Susan Hayward



Einen anschaulichen Einblick in die psychologisch begleitete Arbeit zur Aufarbeitung von Gewalttraumata und zur Versöhnungsarbeit in Südafrika gab **Pumla Gobodo-Madikizela**.

Pumla Gobodo-Madikizela



Der Workshop von **Mauricio García Durán** aus Kolumbien galt der Rolle von Religionsgemeinschaften in verschiedenen Friedensprogrammen in seinem vom Bürgerkrieg zerrütteten Land. Hierbei hob er insbesondere die Schaffung von Partizipationsmöglichkeiten und die Frage der Gerechtigkeit hervor.

Mauricio García Durán



Ivo Markovic berichtete über seine interreligiösen Dialogprojekte auf Gemeindeebene im ehemaligen Jugoslawien, mit denen er den Versöhnungsprozess zwischen den verfeindeten Bevölkerungsgruppen unterstützt.

Ivo Markovic



Den Schlusspunkt des Symposiums setzte der Direktor des Kulturwissenschaftlichen Instituts in Essen, **Claus Leggewie**, der einen großen Bogen vom internationalen System nach dem Westfälischen Frieden bis zur aktuellen innenpolitischen Debatte über Integration und multi-kultureller Gesellschaft sowie über die Rolle des Islam spannte. In der jüngeren Zeit sei eine wachsende Politisierung von Religionen im Rahmen sozialer Bewegungen zu beobachten, die sie nicht zuletzt auch durch transnationale Organisationsformen zu einem wichtigen politischen Faktor machten. Infolgedessen habe sich die Wahrnehmung von Religion als Konfliktfaktor geändert, was in neue Bedrohungs- und Konfliktszenarien münde, die die innenpolitischen Integrationsdebatten in den westlichen Staaten stark beeinflussen. Leggewie unterstrich jedoch, dass das friedensfördernde Potenzial noch zu wenig Beachtung finde. In Bezug auf die innergesellschaftlichen Konflikte, insbesondere mit den islamischen Gemeinden, plädierte Leggewie dafür, die Gegensätze nicht auf eine grundsätzliche Ebene zu ziehen, sondern diese in „teilbare“ Konflikte zu verwandeln, um sie dann im Dialog und unter Aufgabe hegemonialer Ansprüche lösen zu können.

Claus Leggewie



Die Internetseite des Symposiums informiert über das Tagungsprogramm, die Kooperationspartner und die Resonanz in den Medien. Sie enthält Videoausschnitte und MP3-Versionen von ausgewählten Symposiumsbeiträgen. Über das Symposium ist zudem eine 30minütige Videodokumentation zusammengestellt worden, die sowohl auf der Internetseite als auch als CD zur Verfügung stehen wird.

Die Tagungsbeiträge werden in einem englischsprachigen Sammelband veröffentlicht, der ein Fachpublikum als Zielgruppe hat. Darüber hinaus ist ein deutschsprachiger Essayband geplant, der sich an ein breiteres Publikum richten wird.

1.6 Die Förderung von Kleinprojekten

Die Stiftung verzeichnete auch 2010 eine anhaltend große Nachfrage nach Fördermitteln für Kleinprojekte, weshalb das Förderbudget vollständig ausgeschöpft wurde. Das Förderangebot hat sich sehr bewährt, da mit der Förderung von Tagungen und Pilotstudien wichtige Impulse für die Erschließung neuer Forschungsfelder, für die fächerübergreifende Zusammenarbeit, für die internationale Kooperation und Sichtbarkeit sowie für den Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis gegeben werden können. Im Berichtsjahr wurden bei der Geschäftsstelle insgesamt 16 Anträge auf Förderung von Kleinprojekten eingereicht, von denen elf in die Förderung aufgenommen werden konnten. Hierunter befinden sich zwei Pilotstudien, sieben Tagungen und Workshops sowie eine wissenschaftliche Publikation und ein Transferprojekt. Die Förderquote bei Kleinprojekten liegt somit bei rund 68 Prozent.

Im Jahr 2010 in die Förderung aufgenommene Pilotstudien	
<p>Peacebuilding als Suche nach dem, was ist – Identitäten und Kommunikation in der Transformation von Identitätskonflikten</p> <p>Pilotstudie</p> <p>Laufzeit: Februar 2010 – Januar 2011</p> <p>Fördersumme: 7.841,00 Euro</p>	<p>Projektleiter:</p> <p>Prof. Dr. Michael Daxner Arbeitsstelle Interventionskultur Universität Oldenburg</p> <p>Prof. Dr. Jens Wolling Institut für Medien- und Kommunikationswissenschaft, TU Ilmenau</p>

Ausgangspunkt der Pilotstudie ist die Feststellung, dass die bisherigen externen Anstrengungen zum Aufbau von Friedensordnungen vor allem in Gesellschaften mit innerstaatlichen Identitätskonflikten „ernüchternd“ ausfallen. Ein wichtiger Grund hierfür sei die ambivalente Legitimation der externen Akteure, die in solche Konflikte einzugreifen suchten. Die Erfahrungen legten ein Umdenken nahe, für das durch eine Untersuchung auf der bisher nur wenig beforschten Mikroebene von Friedensprozessen neue Erkenntnisse gewonnen werden sollen. Hierdurch könne ein besseres Verständnis darüber erzielt werden, wie sich das internationale und nationale Peacebuilding auf die Kommunikations- und Identitätsbildungsprozesse der Bevölkerung auswirkten. Mit einem interdisziplinären Untersuchungsansatz, der ethnologische und soziologische Forschungsmethoden zur Anwendung brachte, konnte am Fallbeispiel Liberia ein „differenziertes Bild“ gewonnen werden, welche inhärenten Konfliktlösungspotenziale auf lokaler Ebene bestehen und wie sich nationale und internationale Prozesse auf der Gemeindeebene bemerkbar machen. So sei eine „Vielfalt von traditionellen Konflikttransformationsmechanismen vorhanden“, deren Strukturen jedoch durch die Einführung westlicher Konzepte einer „Hybridisierung“ unterlägen. Hierdurch werde das interne Konfliktregelungspotenzial eher geschwächt. Auf der nationalen Ebene sei deutlich geworden, dass sich vor allem im Bereich der religiösen Praktiken, wo der internationale Einfluss weniger dominant sei, kreative Lösungen zwischen traditionellen und modernen Strukturen entwickelt hätten. Im Hinblick auf die internationale Ebene und ihrem Wechselverhältnis zu Liberia zeigten sich gewisse Ermüdungserscheinungen, die auf beiderseitiges Unverständnis und auf die Umsetzung lebenswelt-

lich nicht angepasster Projekte zurückzuführen sei. Außerdem fehle es an einer tragfähigen kommunikativen Infrastruktur, die bis hinunter auf die lokale Ebene reiche, weshalb die Projekte zur Konfliktbearbeitung schon auf der regionalen Ebene stecken bleiben. Die Ergebnisse der Pilotstudien werden in einem Bericht in der Reihe „Forschung DSF“ zusammenfassend dargestellt.

Im Jahr 2010 in die Förderung aufgenommene Pilotstudien	
<p>Peace, Politics and Planning. Origins of Strategy for Justice and Security Sector Reform in Afghanistan and Pakistan</p> <p>Pilotstudie</p> <p>Laufzeit: Dezember 2010 bis Juli 2011</p> <p>Fördersumme: 19.934,00 Euro</p>	<p>Projektleiter:</p> <p>Dr. Wolfgang Reinicke Global Public Policy Institute (GPPI), Berlin</p>

Die Pilotstudie greift eine Fragestellung auf, die in den letzten Jahren eine vermehrte Interesse der Friedens- und Konfliktforschung gefunden hat: der Aufbau von legitimen Rechts- und Sicherheitsinstitutionen insbesondere in Nachkonfliktgesellschaften, der in nahezu allen wichtigen Friedensmissionen der Vereinten Nationen und der Europäischen Union eine zentrale Rolle spielt. Am Beispiel der Untersuchungsländer Afghanistan und Pakistan analysiert das Projektteam von Dr. Reinicke die Entscheidungsprozesse, die für die strategische Ausrichtung, die Finanzierung und die Umsetzung von Sicherheitssektorreform-Programmen maßgeblich sind. Neue wissenschaftliche Erkenntnisse gäben Anlass zu der Vermutung, dass die Effektivität und Legitimität von Rechts- und Sicherheitsinstitutionen erheblichen Einfluss auf die Stabilität von Friedensprozessen hätten. Durch die Forschungsarbeiten sollen Einblicke insbesondere in die einschlägigen Strategien Deutschlands und der Vereinigten Staaten sowie der NATO und der Europäischen Union gewonnen werden. Die Pilotstudie soll somit empirische Befunde vorlegen, aus denen erste Hypothesen über die treibenden Faktoren für die jeweiligen Strategien abgeleitet werden. Die Ergebnisse sollen u.a. in einem zusammenfassenden Bericht in der Reihe „Forschung DSF“ veröffentlicht werden.

Im Jahr 2010 in die Förderung aufgenommene wissenschaftliche Tagungen/Workshops	
<p style="text-align: center;">Klimawandel und Konflikte: Versicherunglichung oder präventive Friedenspolitik</p> <p style="text-align: center;">Jahreskolloquium 2010 der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK)</p> <p style="text-align: center;">Hamburg, 26. bis 28. Februar 2010</p> <p style="text-align: center;">Fördersumme: 19.170,00 Euro</p>	<p>Projektleiterin:</p> <p>Dr. Barbara Müller</p> <p>Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK)</p>

Das Jahreskolloquium 2010 der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK) befasste sich mit einer Thematik – nicht zuletzt auch im Anschluss an die Forschungsinitiative der DSF -, die erst seit wenigen Jahren stärker in das Blickfeld der Friedensforschung gerückt ist. Für dieses Thema bot sich Hamburg aufgrund der dort angesiedelten Forschungsschwerpunkte als Tagungsort an. Das übergreifende Ziel der Tagung bestand darin, die unterschiedlichen Diskurse über Klimawandel und Konflikte zusammenzuführen sowie den Austausch zwischen der Konfliktforschung und der Klimaforschung zu fördern. Des Weiteren gehe es, so die AFK-Vorsitzende Dr. Barbara Müller in ihrem Einführungsbeitrag, um die Frage, welche Handlungsstrategien aus dem Bereich der Friedens- und Konfliktforschung hilfreich für den Umgang mit dem Klimawandel sein könnten. Als Einstieg in die Diskussion wählte die AFK drei grundlegende Einführungsvorträge aus: Den aktuellen Stand der Klimaforschung erläuterte Prof. em. Dr. Hartmut Graßl, Universität Hamburg. Prof. Dr. Jürgen Scheffran, CLiSAP,¹⁰ Universität Hamburg, diskutierte die aktuellen Befunde und die weiteren Forschungsperspektiven zum Zusammenhang zwischen dem globalen Klimawandel und Gewaltkonflikten. Prof. Dr. Michael Brzoska setzte sich in seinem Beitrag mit der Frage auseinander, welche Bedeutung der Klimawandel für die internationale Sicherheitsdiskussion gewonnen hat und welche Wirkungen diese Diskurse zeigen. Den gut besuchten öffentlichen Abendvortrag hielt Prof. Dr. Klaus Töpfer, Gründungsdirektor des Instituts für Klimawandel, Erdsystem und Nachhaltigkeit (IASS) in Potsdam zum Thema „Klimawandel zwischen Alarmismus und Verharmlosung“. In insgesamt 14 Gesprächsforen wurden eine Vielzahl von sektoralen und regionalen Aspekten sowie die Ebene der Akteure und der Handlungsstrategien vertiefend diskutiert. Den Abschluss bildeten Beiträge, die die Klimapolitik im Kontext einer präventiven Friedenspolitik stellten. Schließlich zog Prof. Dr. Martin Kalinowski, Inhaber der Carl Friedrich von Weizsäcker Stiftungsprofessur an der Universität Hamburg, ein Resümee darüber, welche Forschungsperspektiven auf dem Feld der Klimawandelfolgen sich für die Friedens- und Konfliktforschung ergeben könnten.

¹⁰ Integrated Climate System Analysis and Prediction, der Exzellenzcluster startete im Oktober 2007. Beteiligt sind die DGF im Rahmen der Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder, das Max-Planck-Institut für Meteorologie, das Deutsche Klimazentrum sowie das Helmholtz-Zentrum Geesthacht.

Im Jahr 2010 in die Förderung aufgenommene wissenschaftliche Tagungen/Workshops	
<p>Radicalization in Western Societies – Preventing „Home Grown“ Terrorism</p> <p>Wissenschaftliche Tagung Tübingen, 08. bis 09. September 2010 Fördersumme: 12.090,00 Euro</p>	<p>Projektleiter: Prof. Dr. Andreas Hasenclever Institut für Politikwissenschaft, Eberhard-Karls-Universität Tübingen</p>

Die internationale Tagung beleuchtete einen wichtigen Teilaspekt der sicherheitspolitischen Bedrohung westlicher Gesellschaften durch den Terrorismus. Unter dem Begriff *Homegrown Terrorism* werden terroristische Täter gefasst, die Anschläge in ihren eigenen Gesellschaften planen bzw. verüben und sich an den transnationalen Terrororganisationen orientieren. Im Mittelpunkt der Tagung stand deshalb die Frage, wie die Radikalisierungsprozesse des betreffenden Personenkreises zu erklären sind und welche Möglichkeiten bestehen, diesen entgegenzuwirken. Der Projektleiter Andreas Hasenclever konnte für die Fachtagung Fachleute aus verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen wie der Politikwissenschaft, Soziologie, Religionswissenschaft und Psychologie gewinnen. Zudem beteiligten sich Experten und Expertinnen aus den einschlägigen Praxisfeldern an der Diskussion. An beiden Konferenztagen wurden jeweils vier Workshops veranstaltet, in denen die verschiedenen Problemfelder des Themas bearbeitet wurden. Die erste Serie von Workshops galt der Frage, durch welche Ursachen und Dynamiken die Radikalisierungsprozesse gekennzeichnet sind und welche Rolle hierbei Ideologien spielen. Unter welchen Bedingungen werden „Radikale“ zu Terroristen? Die zweite Workshopserie analysierte die Entwicklungen in den westlichen Ländern, die unterschiedliche Erfahrungen mit dem *Homegrown Terrorism* gemacht haben. Dieses Arbeitsgruppenprogramm wurde um Plenumsvorträge und Podiumsdiskussionen ergänzt. Als Resümee hielt der Projektleiter fest, dass „Radikalisierung“ ein ambivalenter Begriff sei. Radikalität werde vor allem dann zum Problem, wenn sie in Gewaltstrategien münde. Obwohl Gruppenprozesse einen wichtigen Faktor bei der Entstehung von Terrorismus, vor allem bei jungen Männern auf der Suche nach Lebenssinn und Selbstachtung, darstellten, sei der Kenntnisstand über die Dynamiken von Terrorgruppen noch immer gering. Insgesamt bestehe Übereinstimmung, dass es vielfältige Pfade zum Terrorismus gebe, die bei künftigen Forschungen vertiefend untersucht werden müssten. Ausgewählte Beiträge der Tagung werden in der Zeitschrift „Der Bürger im Staat“ veröffentlicht und somit einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Die Tagung wurde auch von der amerikanischen Botschaft und dem Staatsministerium Baden-Württemberg unterstützt.

Im Jahr 2010 in die Förderung aufgenommene wissenschaftliche Tagungen/Workshops	
<p style="text-align: center;">The International Criminal Court after the 2010 Review Conference – Confining the Use of Force Through International Criminal Justice</p> <p style="text-align: center;">Internationale Arbeitstagung Berlin, 15. bis 16. Oktober 2010 Fördersumme: 5.400,00 Euro</p>	<p style="text-align: center;">Projektleiter:</p> <p style="text-align: center;">Prof. Dr. Gerhard Werle Juristische Fakultät, Humboldt Universität zu Berlin</p> <p style="text-align: center;">Prof. Dr. Andreas Zimmermann Juristische Fakultät, Universität Potsdam</p>

Die internationale Arbeitstagung knüpfte an die „überraschenden“ Ergebnisse der Überprüfungskonferenz zum Statut des Internationalen Strafgerichtshofs an, die im Juni 2010 in Kampala, Uganda, stattgefunden hatte. Hier ging es um die zentralen Weiterentwicklungen des Völkerstrafrechts, die als „Meilenstein“ in der jungen Geschichte des Internationalen Strafgerichtshofs bezeichnet werden können: die Angleichung internationaler und nicht-internationaler Konflikte in Bezug auf bestimmte Waffengattungen, deren Anwendung den Tatbestand des Kriegsverbrechens erfüllt, sowie die Kodifizierung des Tatbestands der Aggression im Statut des Gerichtshofs. Aus den wegweisenden Beschlüssen der Überprüfungskonferenz ergebe sich jedoch, so die Projektleiter Prof. Dr. Werle und Prof. Dr. Zimmermann, eine Reihe wichtiger Fragen für die Wissenschaft und Praxis, die auf der Arbeitstagung auf insgesamt vier Panels eingehend diskutiert wurden. Das Ziel der Tagung bestand darin, die zentralen Problemfelder zu identifizieren, den Forschungsbedarf für die kommenden Jahre zu ermitteln und Lösungsansätze auszuarbeiten, bevor das „Regelungspaket“ der Überprüfungskonferenz 2017 in Kraft trete. Hierbei werde es insbesondere darum gehen, „die ‚konstruktiven Uneindeutigkeiten‘ in Bezug auf das Aggressionsverbrechen“ zu klären, um die Arbeitsfähigkeit des Internationalen Strafgerichtshofs in diesem Punkt herzustellen.

Im Jahr 2010 in die Förderung aufgenommene wissenschaftliche Tagungen/Workshops	
<p>Arms Control for Robots – Limiting Armed Tele-Operated and Autonomous Systems</p> <p>Wissenschaftliche Tagung Berlin, 20. bis 22. September 2010 Fördersumme: 19.992,00 Euro</p>	<p>Projektleiter: Prof Dr. Dieter Suter Dr. Jürgen Altmann Experimentelle Physik III, TU Dortmund</p>

Die internationale Tagung hatte das Ziel, den Stand und die Entwicklungstrends im Bereich unbemannter bewaffneter Systeme (UAV) weltweit zu ermitteln sowie damit verbundene militärische und politische Strategien auszuwerten.

Darüber hinaus wurden grundlegende völkerrechtliche und ethische Fragen aufgeworfen, die sich aus dem vermehrten Einsatz dieser Waffensysteme ergeben.

Außerdem setzten sich die Teilnehmer und Teilnehmerinnen mit den Risiken auseinander, die sich aus einem Missbrauch dieser Systeme z. B. für terroristische Zwecke ergeben könnten. Schließlich wurden die Handlungsmöglichkeiten zur Einhegung der Proliferation und für eine Einbeziehung der Waffensysteme in die internationalen Rüstungskontrollregime erörtert.

Dem Projektleiter Dr. Jürgen Altmann war es gelungen, für die breit angelegte Diskussion über das Thema die einschlägig ausgewiesenen Fachleute auf nationaler und internationaler Ebene zusammenzuführen. Die Leitfragen wurden aus sehr unterschiedlichen disziplinären Perspektiven diskutiert. Insbesondere im Hinblick auf mögliche rüstungspolitische Begrenzungen diskutierten die Teilnehmer und Teilnehmerinnen aus Wissenschaft, Politik und Nichtregierungsorganisationen darüber, welche Kategorien von UAVs gebildet werden und wie diese nach dem Vorbild bestehender Verträge begrenzt werden können, sofern hierfür die politischen Rahmenbedingungen zu erreichen seien.

Als weiteres Ergebnis der Tagung wurde eine Erklärung verabschiedet, die einerseits ein internationales Verbot autonomer Waffen und der Nutzung von UAVs im Weltraum und als Träger von Nuklearwaffen andererseits eine rüstungskontrollpolitische Begrenzung nach spezifischen Kriterien fordert.¹¹

Ausgewählte Tagungsbeiträge werden für eine Veröffentlichung in den internationalen Fachzeitschriften „Security Dialogue“ und „Ethics and Information Technology“ vorbereitet. Die Tagung wurde gemeinsam mit dem Joseph Rowntree Charitable Trust, York (UK), gefördert.

¹¹ Siehe International Committee for Robot Arms Control (ICRAC) <www.icrac.co.cc>.

Im Jahr 2010 in die Förderung aufgenommene wissenschaftliche Tagungen/Workshops	
<p>Das Lehren Lernen Hochschuldidaktischer Workshop Bad Urach, 14. bis 17. März 2011 Fördersumme: 3.550,00 Euro</p>	<p>ProjektleiterIn: Dr. Thomas Nielebock Institut für Politikwissenschaft Universität Tübingen Dr. Tatjana Reiber Helmut Schmidt-Universität der Bundeswehr Hamburg</p>

Die Stiftung förderte den nunmehr vierten hochschuldidaktischen Workshop „Das Lehren Lernen“ mit dem Ziel die didaktischen Kompetenzen im Bereich der friedenswissenschaftlichen Lehre zu stärken.

Hierbei sollen insbesondere jüngere Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen gefördert werden, die Lehraufgaben im Bereich der einschlägigen Masterstudiengänge übernommen haben. Zudem wird der Nachweis von Lehrkompetenz zunehmend wichtiger für den akademischen Qualifikations- und Karriereweg.

Die Workshops stießen auf eine große und positive Resonanz, wodurch die Projektleiter ermutigt wurden, das Angebot auch in Zukunft fortzuführen. Das Weiterbildungsangebot ist gezielt darauf ausgerichtet, nicht nur das notwendige Wissen zur Konzeption und Durchführung von Lehrveranstaltungen zu vermitteln, sondern die Teilnehmenden auch dazu zu ermutigen, „traditionelle Seminarformen“ zu überdenken und innovative Lehrmethoden anzuwenden.

Die Diskussionen und praktischen Übungen des Workshops wurden von erfahrenen Didaktikern und Fachwissenschaftlern angeleitet.

Im Jahr 2010 in die Förderung aufgenommene wissenschaftliche Tagungen/Workshops	
<p>Soldatenbilder: Deutungen und Zumutungen zwischen Kontinuität und Diskontinuität</p> <p>Wissenschaftliche Tagung Hamburg, 28. bis 30. März 2011 Fördersumme: 15.250,00 Euro</p>	<p>ProjektleiterIn:</p> <p>Dr. Gerhard Kümmel Arbeitskreis Militär- und Sozialwis- senschaften e.V.</p> <p>Prof. Dr. Angelika Dörfler-Dierken Helmut Schmidt-Universität der Bundeswehr, Hamburg</p> <p>PD Dr. Christoph Jahr Historisches Seminar, Ruprecht-Karls-Universität, Heidelberg</p>

Die internationale Tagung setzte sich mit einer Frage auseinander, die sowohl für die Streitkräfte selbst als auch für die öffentliche Debatte von sehr grundlegender Bedeutung ist. Mit den Veränderungen im internationalen Konfliktgeschehen seit dem Ende des Kalten Krieges setzte ein bis heute andauernder Diskussionsprozess ein, welche Struktur, welche Aufgaben und welches Selbstverständnis die Streitkräfte aufgrund neuer friedens- und sicherheitspolitischen Herausforderungen haben werden. Diese Auseinandersetzung hat Auswirkungen auf das Selbstbild – oder besser auf die Selbstbilder – der Soldatinnen und Soldaten bzw. auf die Wahrnehmung des Militärischen in der Gesellschaft. Hierzu zählt nicht zuletzt auch die Wahrnehmung von Aufgaben im Rahmen internationaler Friedensmissionen, die in weiten Teilen nicht den „klassischen“ Anforderungen an das Militär entsprechen.

Die Tagung griff auf den ersten beiden Panels auch auf Erkenntnisse der historischen Friedensforschung zurück, um darüber zu diskutieren, wie sich das Selbst- und Fremdbild des Soldatischen in der Vergangenheit gewandelt hat. Des Weiteren wurden in weiteren fünf Panels u. a. normativ-rechtliche Fragen sowie mediale Deutungen und öffentliche Wahrnehmungen erörtert. Mit einem ausgeprägt multidisziplinären Zugang suchten die Projektleiter die facettenreichen historischen, rechtlichen, ethischen, medialen und politischen Aspekte des Themas zu erfassen.

Die Tagungsbeiträge sollen in einer Buchveröffentlichung zugänglich gemacht werden.

Im Jahr 2010 in die Förderung aufgenommene wissenschaftliche Tagungen/Workshops	
<p>Zivile Konfliktbearbeitung – Anspruch und Wirklichkeit</p> <p>Internationale wissenschaftliche Tagung Bonn, 28. bis 29. April 2011 Fördersumme: 19.008,00 Euro</p>	<p>Projektleiter:</p> <p>PD Dr. Andreas Heinemann- Grüder Akademie für Konflikttransformation, Bonn</p> <p>Heinz Wagner Forum Ziviler Friedensdienst, Bonn</p>

Mit der internationalen Tagung versuchten die Projektleiter das ambitionierte Ziel zu erreichen, die akademische Friedensforschung mit den Praktikern ziviler Konfliktbearbeitung zusammenzuführen, um „bestehende Grundannahmen und Paradigmen ziviler Konfliktbearbeitung“ kritisch zu reflektieren und die neueren Erkenntnisse „systematisch zu ordnen“. In der weiteren Perspektive soll die damit angestoßene Debatte dazu dienen, die zukünftigen Aktivitäten des Zivilen Friedensdienstes konzeptionell und politisch-strategisch zu verankern.

Die Projektleiter gehen von der Beobachtung aus, dass die Projektarbeit des Zivilen Friedensdienstes bisher nur in wenigen Fällen wissenschaftlich begleitet wurde. Es seien folglich die „fundamentalen Fragen“ zu klären, welchen strategischen Ausrichtungen die zivile Konfliktbearbeitung bei der Konflikttransformation folgen sollte. Wo sind die besten Erfolge zu erzielen? Welche Konfliktphasen und Handlungsfelder erweisen sich als besonders zugänglich? Wie können Erfolge sinnvoll gemessen werden?

Auf insgesamt acht Panels wurden Fragen der normativen und ethischen Standards der zivilen Konfliktbearbeitung, die Annahmen über gewaltträchtige Konflikte und die Phasen des Konfliktzyklus, der Zielgruppen des ZFD, der relevanten Handlungsfelder, dem Einfluss staatlicher Rahmenbedingungen und der Messung der Wirksamkeit der Projekte vertiefend diskutiert.

Die Ergebnisse der Tagung sollen in einer begutachteten, englischsprachigen Veröffentlichung zusammengefasst werden.

Geförderte Transferprojekte im Jahr 2010	
<p>Exponat zur sicherheitspolitischen Dimension und zu Proliferationsrisiken von Kernfusion auf dem Ausstellungsschiff MS Wissenschaft im Wissenschaftsjahr der Energie 2010</p> <p>Transferprojekt</p> <p>Zeitraum: Mai bis Oktober 2010</p> <p>Fördersumme: 5.000,00 Euro</p>	<p>Projektleiter:</p> <p>Prof. Dr. Harald Müller Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Frankfurt a.M.</p>

Ein besonders gelungenes Projekt zur Förderung des Ergebnistransfers aus der Friedens- und Konfliktforschung in eine breite Öffentlichkeit bildete das interaktive Exponat „Fusionsreaktoren vor militärischem Missbrauch schützen“, das auf dem Ausstellungsschiff „MS Wissenschaft“ im Rahmen des Wissenschaftsjahres zum Thema „Energie“ gezeigt wurde. Die Kernfusion gilt auf der einen Seite als eine Zukunftstechnologie zur Energiegewinnung, auf der anderen Seite sind damit erhebliche Risiken für die weitere Verbreitung von Kernwaffen verbunden.

In Kooperation zwischen der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung der TU Darmstadt und der Hochschule Darmstadt wurde eine für Laien gut verständliche interaktive Computersimulation entwickelt, mit der die Proliferationsproblematik von Fusionsreaktoren für die Besucher anschaulich dargestellt wurde.

Mit Hilfe kurzer Filme wurden die technischen Grundlagen der Technologie sowie ihre Vor- und Nachteile erläutert. Letztere betreffen insbesondere die Manipulationsmöglichkeiten an den Reaktoren, die auch für die Herstellung nuklearwaffenfähigen Materials eingesetzt werden können.

In einer weiteren Übersicht konnten sich die Besucher darüber informieren, wo zivile Nukleartechnologien auf der Welt in der Vergangenheit für militärische Zwecke missbraucht wurden. Des Weiteren enthielt dieses Modul Informationen über den Kernwaffenstatus dieser Staaten und über den Atomwaffensperrvertrag.

Im letzten Teil der Computersimulation konnten die Besucher „in die Rolle von Atominspektoren“ schlüpfen, um mit *Safeguards* die Herstellung von waffenfähigem Material zu verhindern.

Das Exponat leistete somit einen wichtigen Beitrag zum Nachdenken darüber, welche weltpolitischen Folgen die Einführung dieser Zukunftstechnologie haben könnte. Das „schwimmende Science Center“ lief in den Monaten Mai bis Oktober 2010 über dreißig Häfen in Deutschland an. Insgesamt besuchten laut Angaben des Veranstalters „Wissenschaft im Dialog“ rund 105 Tsd. Besucher die Ausstellung, darunter 570 Schulklassen.

Geförderte wissenschaftliche Publikationen im Jahr 2010	
<p>Der Nahostkonflikt – politische, religiöse und theologische Dimensionen</p> <p>Wissenschaftliche Publikation</p> <p>Fördersumme: 3.200 Euro</p>	<p>Projektleiter:</p> <p>PD Dr. Dirk Ansorge</p> <p>Die Wolfsburg – Katholische Akademie, Mülheim a. d. R.</p>

Der Sammelband ging zum größten Teil aus der interdisziplinären Fachtagung „Zwischen Konfliktverschärfung und Friedensförderung. Die Ambivalenz religiöser Traditionen in politischen Konflikten am Beispiel des Nahostkonflikts“ hervor, die im April 2007 durch die Stiftung gefördert worden war.

Die Beiträge des Bandes setzen sich mit den politischen Ansprüchen und religiösen Legitimationsmustern auseinander, die den Nahostkonflikt schwer lösbar machen. Einen zentralen Stellenwert erhält das Problem der Landnahme und seine religiöse Rechtfertigung, dessen Facetten aus unterschiedlichen disziplinären Zugängen von der Geschichtswissenschaft über die Theologie bis hin zur Politikwissenschaft analysiert werden.

Hierbei wird sowohl die jüdische als auch die muslimische Perspektive berücksichtigt.

Des Weiteren widmen sich die Beiträge des Bandes dem Thema der Selbstmordanschläge, die eine „besondere Herausforderung an religiöse Legitimationsmuster“ darstellten. Auch zu diesem Teilaspekt sind Untersuchungen aus verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen enthalten.

Zeitschriftenförderung

Die Förderung von Fachzeitschriften zielt zum einen auf die Verbesserung der redaktionellen Betreuung einschlägiger Fachzeitschriften, zum anderen auf die Erhöhung von deren Bekanntheitsgrad. Des Weiteren können auch Einzelhefte von Fachzeitschriften, die nicht zu den Fachorganen der Friedens- und Konfliktforschung gehören, gefördert werden. Voraussetzung ist hier, dass sie einen originellen Beitrag zur Forschungsdiskussion leisten.

Zeitschriftenförderung	
<p>S+F. Sicherheit und Frieden Security and Peace</p> <p>Fachzeitschrift</p> <p>Förderzeitraum: Januar 2009 bis Dezember 2010</p> <p>Fördersumme: 8.568 Euro</p>	<p>Projektleiter: Prof. Dr. Michael Brzoska et al. Herausgeberteam</p>

Im Jahr 2009 stimmte der Stiftungsrat der DSF zu, die Fachzeitschrift „S+F. Sicherheit und Frieden“ in die Förderung aufzunehmen. Über einen Zeitraum von 24 Monaten wurde insbesondere die Redaktionsarbeit unterstützt. Redaktionell wird die Zeitschrift am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) betreut, sie wird jedoch durch einen unabhängigen Herausgeberkreis veröffentlicht.

Die Fachzeitschrift positioniert sich an der Schnittstelle zwischen Friedensforschung und Sicherheitspolitik und besitzt somit ein breites Spektrum von Zielgruppen in Wissenschaft, Politik, Zivilgesellschaft und Streitkräften.

Die Beiträge von S+F orientieren sich weniger an tagespolitischen Ereignissen, sondern behandeln in Themenschwerpunkten grundlegende Fragen der Friedensforschung und Sicherheitspolitik. Die Autoren und Autorinnen kommen sowohl aus der Wissenschaft als auch aus unterschiedlichen Praxisfeldern.

Im zweiten Förderjahr sind folgende Themenschwerpunktheft erschienen:

- Gender und Sicherheit (Heft 1/2010)
- Innere und äußere Sicherheit (Heft 2/2010)
- Europäisierung vs. Renationalisierung von Sicherheit (Heft 3/2010)
- Afghanistan – Die Internationale Gemeinschaft am Scheideweg? (Heft 4/2010)

1.7 Die Förderung von Vernetzungsprojekten der Friedens- und Konfliktforschung

Im Jahr 2010 förderte die DSF drei Vernetzungsprojekte, von denen zwei vorrangig auf die Nachwuchsförderung ausgerichtet waren. Das dritte Projekt unterstützte insbesondere den Austausch zwischen Wissenschaft und politischer Praxis. Das Fördervolumen für diese Projekte beläuft sich auf rund 10 Tsd. Euro:

Geförderte wissenschaftliche Vernetzungsprojekte im Jahr 2010	
<p>„Unthinking the Imaginary War. Intellectual Reflection of the Nuclear Age, 1945-1990“ Tagung des Arbeitskreises Historische Friedensforschung</p> <p>Vernetzungsprojekt</p> <p>Termin: 04. bis 06. November 2010, London</p> <p>Fördersumme: 1.000 Euro</p>	<p>Projektleiter:</p> <p>Dr. Holger Nehring Department of History, University of Sheffield</p>

Die Förderung der Stiftung ermöglichte es dem Arbeitskreis Historische Friedensforschung vier Nachwuchswissenschaftler und Nachwuchswissenschaftlerinnen einzuladen, um an der Tagung in London teilzunehmen und sich mit internationalen Fachleuten vernetzen zu können.

Die Fördermittel wurden ausgeschrieben und die qualifiziertesten Bewerber und Bewerberinnen ausgewählt.

Der Reisekostenzuschuss war mit der Aufgabe verknüpft, eigene Beiträge einzubringen oder einen Konferenzbericht zu erstellen, der in einschlägigen Fachzeitschriften veröffentlicht werden kann.

Geförderte wissenschaftliche Vernetzungsprojekte im Jahr 2010	
<p>Lehre vernetzen – Curricula und Didaktik in der Friedens- und Konfliktforschung</p> <p>Vernetzungsprojekt</p> <p>Termin: 17. bis 19. September 2010, Leipzig</p> <p>Fördersumme: 5.797,00 Euro</p>	<p>Projektleiter:</p> <p>Dr. Klaus Roscher Institut für Politikwissenschaft, Universität Leipzig</p>

Die jährlich stattfindende Vernetzungstagung unter Federführung des Arbeitskreises Curriculum der AFK hat das Ziel, Lehrkräfte der Masterstudiengänge Friedens- und Konfliktforschung zusammenzuführen, um Erfahrungen in der wissenschaftlichen Lehre auszutauschen und strukturelle Probleme und Entwicklungen sowie gemeinsame Lösungsansätze zu diskutieren.

Wichtige Fragen waren z. B. die wechselseitige Anerkennung erbrachter Studienleistungen und der Umgang mit Plagiaten.

Die Mehrzahl der Teilnehmer und Teilnehmerinnen zählte auch in diesem Jahr zu den Nachwuchskräften.

Als wichtiges Projekt wurde der Aufbau einer gemeinsamen Internetpräsenz vorangetrieben, die Auskunft über die Studiengangskonzeptionen, die inhaltlichen Schwerpunkte, die Leistungsanforderungen und mögliche Spezialisierungen geben soll.

Auch über eine gesonderte „Lehrendenplattform“ für den Austausch von Lehrerfahrungen und -materialien wurde nachgedacht. Zudem befassten sich die Mitglieder des Arbeitskreises mit weiteren Projekten, die in den kommenden Jahren verwirklicht werden sollen. Im zweiten praxisorientierten Teil der Tagung wurden Planspiele als Bausteine im Bereich der friedenswissenschaftlichen Lehre vorgestellt. Hierbei erläuterte der eingeladene Trainer Grundlagen für eine professionelle Gestaltung eines Planspiels in den Phasen der Konzeption, Durchführung und Nachbereitung.

Geförderte wissenschaftliche Vernetzungsprojekte im Jahr 2010	
<p>Jahrestreffen des Arbeitskreises „Abrüstung und Nichtverbreitung biologischer und chemischer Waffen“</p> <p>Vernetzungsprojekt</p> <p>Termin: 25. Oktober 2010, Berlin</p> <p>Fördersumme: 3.052,00 Euro</p>	<p>Projektleiterin:</p> <p>Prof. em. Dr. Kathryn Nixdorff Institut für Mikrobiologie und Genetik, Technische Universität Darmstadt</p>

Das Jahrestreffen 2010 des Arbeits- und Gesprächskreises widmete sich der Frage, welche wissenschaftlichen und technischen Innovationen dazu führen könnten, dass das Interesse an den Einsatzmöglichkeiten chemischer und biologischer Waffen wiederauflebt. Eines der größten Risiken bestehe in einem Missbrauch dieser Ressourcen durch Staaten, die offensive Waffenprogramme zu entwickeln suchten.

Aus diesem Grund bestehe ein großer Handlungsbedarf, die internationalen Kontrollregime anzupassen und verlässliche Verifikationsregime einzurichten. Andernfalls bestehe die Gefahr, dass die Normen der Bio- und Chemiewaffenübereinkommen unterminiert werden. Die Aufgaben wurden insbesondere im Hinblick auf die 2011 und 2013 anstehenden internationalen Überprüfungskonferenzen diskutiert. Der Arbeitskreis führt sowohl Wissenschaftler aus verschiedenen Disziplinen als auch Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Nichtregierungsorganisationen zusammen.

2. Struktur- und Nachwuchsförderung

Das in der Gründungsphase entwickelte und aufgelegte Programm zur Struktur- und Nachwuchsförderung umfasste ein Fördervolumen von rund fünf Millionen Euro. Hierzu zählte die Einrichtung von Masterstudiengängen für Friedens- und Konfliktforschung, einer Promotionsförderung mit Betreuungssystem sowie einer naturwissenschaftlichen Stiftungsprofessur. In Ergänzung dieses Programms beteiligte sich die Stiftung 2009 an der Förderung der Georg Zundel-Stiftungsprofessur an der TU Darmstadt, die ebenfalls in der naturwissenschaftlichen Friedensforschung angesiedelt ist.

Nachdem im Jahr 2008 bereits die Förderung des postgradualen Masterstudiengangs „Friedensforschung und Sicherheitspolitik“ an der Universität Hamburg¹² ausgelaufen war, ging 2010 auch der Förderzeitraum für den Masterstudiengang „Friedensforschung und Internationale Politik“ an der Universität Tübingen zu Ende. Beide Masterstudiengänge sind nach dem Abschluss der Initiativförderung durch die DSF in vollem Umfang durch die begünstigten Universitäten übernommen worden. Im Berichtsjahr förderte die Stiftung somit nur noch den Masterstudiengang Friedens- und Konfliktforschung an der Universität Marburg.

¹² <<http://www.ifsh.de/IFSH/studium/mps.htm>>.

Endgültig ausgelaufen ist auch die strukturierte Promotionsförderung der Stiftung. Die geförderten Nachwuchswissenschaftler und -wissenschaftlerinnen haben ihre Dissertationen in der Mehrzahl inzwischen abgeschlossen. Derzeit bestehen im Bereich der Nachwuchsförderung keine Förderangebote der DSF.

2.1 Georg Zundel-Stiftungsprofessur „Wissenschaft und Technik für Frieden und Sicherheit“ an der TU Darmstadt

Die Fördermittel für die Georg Zundel-Stiftungsprofessur „Wissenschaft und Technik für Frieden und Sicherheit“ wurden im Jahr 2009 an die TU Darmstadt bewilligt. Die Stiftung fördert das Projekt gemeinsam mit der Berghof Stiftung für Konfliktforschung (*Berghof Conflict Research*).¹³ Die Fördersumme beläuft sich für einen Zeitraum von fünf Jahren auf 250 Tsd. Euro. Die Berghof Stiftung stellt einen Betrag in gleicher Höhe zur Verfügung. Zudem beteiligt sich die TU Darmstadt mit einem eigenen Finanzierungsanteil. Nach Auslaufen der Förderung wird die Stiftungsprofessur in vollem Umfang durch die TU Darmstadt weiterfinanziert.

Die Professur trägt den Namen des Naturwissenschaftlers und Philanthropen Prof. Dr. Georg Zundel (1931-2007), der 1971 die Berghof Stiftung für Konfliktforschung, die bedeutendste private deutsche Fördereinrichtung für die Friedens- und Konfliktforschung, gründete.

Die Stiftungsprofessur sollte vorzugsweise in den Fachdisziplinen Biologie oder Chemie besetzt werden, zum einem um ein Defizit in der naturwissenschaftlichen Friedensforschung zu beseitigen, zum anderen um eine komplementäre Besetzung zum physikalischen Schwerpunkt der Carl Friedrich von Weizsäcker-Stiftungsprofessur zu erreichen.

Das Ausschreibungs- und Berufungsverfahren konnte 2010 erfolgreich abgeschlossen werden. Mit Prof. Dr. Jonathan B. Tucker konnte ein international sehr anerkannter Wissenschaftler gewonnen werden, der seit 1996 im Washingtoner Büro des *James Martin Center for Nonproliferation Studies (CNS) of the Monterey Institute of International Studies* gearbeitet hatte. Der Biologe und Politikwissenschaftler gilt als einer der führenden internationalen Fachleute auf dem Gebiet der Rüstungskontrolle und Abrüstung im Bereich der biologischen und chemischen Waffen.

Leider teilte Professor Tucker der Stiftung zum Jahresende 2010 mit, dass er die soeben angetretene Stiftungsprofessur wieder verlassen wird, um eine hochrangige Aufgabe in der US-amerikanischen Regierungsadministration zu übernehmen. Die DSF hat diese persönliche Entscheidung mit Respekt, aber auch mit großem Bedauern, zur Kenntnis genommen. Die Georg Zundel-Stiftungsprofessur muss deshalb neu ausgeschrieben werden.

2.2 Carl Friedrich von Weizsäcker-Stiftungsprofessur „Naturwissenschaft und Friedensforschung“ an der Universität Hamburg

Die Carl Friedrich von Weizsäcker-Stiftungsprofessur „Naturwissenschaft und Friedensforschung“ wurde im März 2006 an der Universität Hamburg eingerichtet. Damit konnte die naturwissenschaftliche Friedensforschung erstmalig mit einem Lehrstuhl an einer deutschen Universität verankert werden. Die DSF fördert die Stiftungsprofessur über einen Zeitraum von fünf Jahren (2006-2011).

¹³ <www.berghof-conflictresearch.org>.

Hierfür wurden Fördermittel in einer Gesamthöhe von 1,25 Millionen Euro bereitgestellt. Inhaber des Lehrstuhls ist Prof. Dr. Martin Kalinowski.

Die Professur bildet den Kern des gleichnamigen Zentrums für Naturwissenschaft und Friedensforschung (ZNF), das eine fächerübergreifende Zusammenarbeit für Vorhaben in Forschung und Lehre ermöglicht.¹⁴ Die Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der biologischen und nuklearen Rüstungskontrolle. Das ZNF ist sowohl innerhalb der Universität Hamburg als auch mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen vielfach vernetzt und leistet durch seine aktive Einbindung in den Exzellenzcluster zur Klimaforschung (CliSAP) einen Beitrag zur weiteren Erschließung dieses neuen Forschungsfeldes für die Friedens- und Konfliktforschung.

Im Jahr 2010 wurde die erste Gesamtevaluierung des Zentrums und der Stiftungsprofessur durchgeführt. Die Kommission unter der Leitung von Dr. Gerald Kirchner, Bundesamt für Strahlenschutz, kam in ihrem Bericht zu einem insgesamt sehr positiven Ergebnis. Das Zentrum habe sich erfolgreich in den Strukturen der Universität Hamburg etabliert und ein eigenständiges Forschungs- und Lehrprofil entwickelt. Die hochgesteckten Erwartungen an die Integration der Friedens- und Konfliktforschung in die naturwissenschaftlichen Fachbereiche seien erfüllt worden. Die beachtliche Forschungsleistung spiegle sich in der hohen Drittmittelerwerbungsleistung wider. Die wachsende Zahl betreuer Qualifizierungsarbeiten zeuge von einer ansprechenden Qualität des Lehrangebots. Nicht unproblematisch seien indessen die knapp bemessenen Personalressourcen, die zu einer hohen Belastung für die Stiftungsprofessur führten. Von einer besseren Ausstattung hingen nicht zuletzt die zukünftigen Entwicklungsperspektiven der Stiftungsprofessur und des gesamten Zentrums ab.

2.3 Promotionsförderung mit Betreuungssystem

Die Promotionsförderung der Stiftung wurde bereits 2002 an drei Standorten, dem Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH), der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) und dem Zentrum für Konfliktforschung der Universität Marburg eingerichtet. Die DSF stellte den Einrichtungen finanzielle Mittel für jeweils bis zu acht zweijährige Promotionsstipendien sowie Sachausstattungen zur Verfügung.

Im Berichtsjahr ist aus der Promotionsförderung folgende Dissertation als Buchveröffentlichung erschienen:

- **Merle Vetterlein:** Konfliktregulierung durch power-sharing-Modelle: das Fallbeispiel der Republik Makedonien. Baden-Baden: NOMOS 2010.

2.4 Masterstudiengang Friedens- und Konfliktforschung am Zentrum für Konfliktforschung der Universität Marburg

Mit ihrer Initiative ist es der DSF gelungen, erstmalig einschlägige Masterstudiengänge an deutschen Universitäten zu verankern. In der Zwischenzeit sind weitere Studienangebote mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen entstanden, so dass sich ein breites Spektrum an Ausbildungsmöglichkeiten für wissenschaftliche Nachwuchskräfte entwickelt hat. Nicht zuletzt auch aufgrund der in die Curricula integrierten Praxiselemente eröffnen sich den Absolventen und Absolventinnen Berufsfelder in internationalen Organisationen, in

14 <www.znf.uni-hamburg.de>.

Nichtregierungsorganisationen, in der Entwicklungszusammenarbeit und in Friedensdiensten.

Die Initiativförderung für die Masterstudiengänge erstreckt sich über einen Zeitraum von fünf Jahren. Die Fördermittel umfassen sowohl Personal- als auch Sachmittel. Zur Stärkung der Personalausstattung finanziert die Stiftung an der Universität Marburg im Rahmen der Studiengangförderung eine Juniorprofessur, auf die Prof. Dr. Thorsten Bonacker berufen wurde.¹⁵

Im Jahr 2009 stimmte die Stiftung einer Umschichtung von Fördermitteln und einer Verlängerung des Förderzeitraums bis Ende 2011 zu, um den Aufbau eines ergänzenden internationalen Masterstudiengangs in Form eines *joint degree* zu unterstützen. Das Zentrum für Konfliktforschung konnte hierfür die *University of Kent*, deren *School of Politics and International Relations* zu den renommiertesten Einrichtungen ihrer Art in Europa zählt, als Kooperationspartner gewinnen. Inzwischen wurde ein offizieller Kooperationsvertrag unterzeichnet. Durch die Verknüpfung entsteht für die Studierenden ein vielfältiges Lehrangebot, das sich durch unterschiedliche disziplinäre Zugänge, Themenschwerpunkte und kulturelle Perspektiven auszeichnen wird.

Die organisatorischen und curricularen Vorbereitungen sind inzwischen weitgehend abgeschlossen, so dass im Wintersemester 2011/12 der Studienbetrieb aufgenommen werden konnte.¹⁶

15 Die Juniorprofessur wurde inzwischen im Zusammenhang mit Bleibeverhandlungen in eine W3-Professur umgewandelt. Die Stiftung übernahm den Kostenanteil in Höhe der Juniorprofessur.

16 Siehe <http://www.uni-marburg.de/konfliktforschung/studium/international-double-award/index_html>.

II. Transferaktivitäten und Veranstaltungen

Die Deutsche Stiftung Friedensforschung unterstützt durch eigene Aktivitäten die Vermittlung von Forschungsbefunden, die aus geförderten Vorhaben hervorgegangen sind. Für diesen Zweck entwickelte die Stiftung unterschiedliche Veranstaltungsformate wie z. B. Parlamentarische Abende oder Fachgespräche und Fachkonferenzen, die gemeinsam mit einschlägig interessierten Kooperationspartnern ausgerichtet werden.

Durch den unmittelbaren Austausch mit politischen Entscheidungsträgern sollen nicht zuletzt auch Anstöße für langfristig angelegte politische Strategien zur Förderung von Frieden und Sicherheit gegeben werden. Außerdem zählen zu den stiftungseigenen Transferaktivitäten auch Veranstaltungen zu aktuellen Fragen der Friedensforschung und Friedenspolitik, die ein breiteres Fachpublikum oder die interessierte Öffentlichkeit als Zielgruppe haben.

1. Parlamentarischer Abend 2010 zur Einbindung von Gewaltakteuren in Friedensprozesse

Am 28. September 2010 richtete die Stiftung ihren fünften Parlamentarischen Abend in der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft in Berlin aus. Die Schirmherrschaft über die Veranstaltung übernahm Gudrun Kopp, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Mit der Themenstellung des Abends **„Mit Hamas und Taliban an den Verhandlungstisch? Möglichkeiten und Grenzen der Einbindung von Gewaltakteuren in Friedensprozesse“** griff die Stiftung eine Frage auf, die nicht nur in der Wissenschaft eine wachsende Aufmerksamkeit gefunden hat, sondern auch die politischen Entscheidungsträger in Parlament und Regierung vor große Herausforderungen stellt.

Die Einbindung von Gewaltakteuren in politische Verhandlungsprozesse gilt als ein Schlüssel für die Beilegung von bewaffneten Konflikten. Zudem steigen die Chancen auf eine dauerhafte Friedenskonsolidierung, sofern es gelingt, die Gewaltakteure in politische Organisationen zu transformieren. Jedoch ergeben sich hierbei auch Zielkonflikte und Fragen: Unter welchen Bedingungen können Verhandlungen aufgenommen werden? Welche Gewaltakteure sollen an Gesprächen beteiligt, welche ausgeschlossen werden? Worin besteht die Rolle externer Vermittler und zu welchem Zeitpunkt sollen sie eingreifen? Was sind die zentralen Schritte und Themen zur Überwindung eines Gewaltkonflikts?



In seiner Einführung hob der Stiftungsvorsitzende, Prof. Dr. Michael Brzoska (Foto), hervor, dass die Stiftung eine Thematik ausgewählt habe, deren Bedeutung weit über die beiden Fallstudien zum Palästina-Konflikt und zu Afghanistan hinausreiche. Es gehe um die grundsätzliche Frage, mit welchen friedens- und sicherheitspolitischen Instrumenten die deutsche und europäische Politik künftig zu Gewaltprävention, Konfliktbearbeitung und dauerhaften Friedenslösungen beitragen wolle. In der jüngeren Zeit mehrten sich die kritischen Stimmen, die die Erfolgsaussichten militärisch dominierter Lösungsansätze in Zweifel zögen und einen

Wechsel hin zu Verhandlungslösungen forderten. Die Stiftung habe im Rahmen ihrer Projektförderung eine Reihe von Untersuchungen gefördert, die sich mit relevanten Fragestel-

lungen wie z. B. den Erfolgsbedingungen für eine *local ownership*, dem Umgang mit Gewaltoligopolen in den Konflikten Afrikas, den Problemen lokaler *Governance* in Somalia und Afghanistan, auseinandergesetzt hätten. Allerdings werde aus den Fallstudien deutlich, dass angesichts der sehr unterschiedlichen Konfliktbedingungen kein Königsweg für die Konfliktbeilegung und Friedenskonsolidierung aufgezeigt werden könne. Gleichwohl gäben die Analysen wichtige Einblicke in mögliche politische Handlungsstrategien.

Im Anschluss übergab die Moderatorin des Parlamentarischen Abends, Dr. Constanze Stelzenmüller, *Senior Transatlantic Fellow* des *German Marshall Fund of the United States* und Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats der DSF, das Wort an die Referenten und Referentinnen der Stiftung weiter.



In ihrem übergreifenden Beitrag „Der schwierige Weg zum Gewaltverzicht: Chancen und Zielkonflikte politischer Friedensstrategien“ wies Dr. Martina Fischer, Berghof Conflict Research, Berlin, (Foto) darauf hin, dass sich der zeitweise zu beobachtende Trend, dass weniger Konflikte gewaltsam ausgetragen werden, in jüngerer Zeit wieder umgekehrt habe. Auch wenn vereinzelt dauerhafte Erfolge wie das Friedensabkommen in Mosambik zu verzeichnen seien, so seien die „Dilemmata“ der externen Friedenskonsolidierung doch unübersehbar. Die Konsolidierung kriegszerstörter Gesellschaften sei von komplexen Herausforderungen begleitet. Hierbei komme es insbesondere darauf an, dass

die Prozesse und Institutionen von der Bevölkerung bzw. von verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Akteuren als legitim betrachtet werden. Gleichzeitig entstehe ein „Partizipations-Dilemma“ bei der Frage, ob die für Aggression und Menschenrechtsverletzungen Verantwortlichen überhaupt beteiligt werden können. So genannte *power-sharing*-Modelle verursachten häufig ein Glaubwürdigkeitsproblem. Der Ausschluss von am Konflikt beteiligten Gruppen löse jedoch mitunter verschärfte Konflikthandlungen aus, wie das Beispiel Afghanistan verdeutliche. Die Versuche, die Aufständischen mit einer *counterinsurgency*-Strategie zu bekämpfen, würden in der Forschung zunehmend kritisch gesehen, weil sie langfristig keine Aussicht auf Erfolg hätten. Deshalb gewinne nun der Vorschlag für eine Verhandlungslösung wieder an Boden.

Darüber hinaus stelle sich vor dem Hintergrund gescheiterter Friedensprozesse die Frage, wer die Kriterien setzen und die Entscheidungen über die Beteiligung verschiedener gesellschaftlicher Gruppen treffen solle. Externe Akteure neigten dazu, selbst die Entscheidungsgewalt zu übernehmen, auch wenn diese von der Bevölkerung nicht als legitim erachtet würden.

In der Forschung sei noch nicht hinreichend geklärt, unter welchen Bedingungen Gewaltakteure dauerhaft ihre Waffen niederlegten. Dagegen hätten neue Untersuchungen verdeutlicht, dass es für die Friedenskonsolidierung nicht zielführend sei, Störenfriede (*spoiler*) auszuschließen und ihre oftmals sehr rationalen Gründe nicht zur Kenntnis zu nehmen. Stattdessen sollten solche Konflikte Anlass sein, den eingeschlagenen Weg kritisch zu überprüfen. Des Weiteren habe die neuere Forschung gezeigt, dass bewaffnete Gruppen sich im Verlauf von Verhandlungen durchaus wandelten und somit eine Chance bestehe, zumindest Teile von ihnen als friedliche politische Partner zu gewinnen. In diesem Fall gelte es jedoch Maßnahmen zu ergreifen, um die betreffenden Gruppen in Institutionen und Prozesse einzubinden und ihnen eine materielle und ideelle gesellschaftliche Grundlage zu verschaffen.

Zum Schluss machte Frau Dr. Fischer darauf aufmerksam, dass in vielen Fällen Nichtregierungsorganisationen Kontakte mit bewaffneten Gruppen unterhielten und Anstrengungen unternähmen, diese zum Gewaltverzicht zu bewegen. Die Praxis des *listing*, d.h. die Einstufung von bewaffneten Akteuren als terroristische Gruppen und die Sanktionierung von NGO-Kontakten durch Geldentzug, sei gänzlich kontraproduktiv. Hier sei ein politisches Umdenken gefordert, um keine zusätzlichen Hindernisse für die Konfliktbearbeitung aufzurichten.



In der Frage des Umgangs mit der Hamas gab Dr. Margret Johannsen, Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg, (Foto) schon im Titel ihres Beitrags „Hamas: Mit Terroristen reden? Ja. Mit wem denn sonst! Schwierige Entscheidungen im Nahost-Konflikt“ eine klare Antwort. Schon das Beispiel der PLO verdeutliche, dass eine Organisation, die lange Jahre auf der israelischen Terrorliste gestanden habe, plötzlich zum Verhandlungspartner mit der Regierung werden könne. Die Hamas habe zwar nicht der Gewalt abgeschworen, aber die zunehmende Isolierung der Organisation auch nach ihrer Regierungsübernahme im Gaza-Streifen im Juni 2007 habe den „ohnehin schwierigen Transformationsprozess von einem Gewaltakteur zu

einer legalen Partei“ nicht leichter gemacht. Hierdurch seien schrittweise Verhandlungslösungen in weite Ferne gerückt. Auch die zunehmende Spaltung zwischen der Westbank und Gaza habe dazu geführt, dass die Hamas ihre Herrschaft konsolidiere – mit negativen Folgen für das palästinensische Staatsprojekt.

Hamas sei Teil des Problems, so die Referentin, und müsse somit auch Teil der Lösung werden. Die internationale Staatengemeinschaft sei gefordert, nach positiven Anreizen für eine Waffenruhe zu suchen. Die gängige Praxis, grundsätzliche Vorbedingungen zu stellen, – der Gewalt abzuschwören, das Existenzrecht Israels anzuerkennen und die Vereinbarungen der PLO mit Israel als bindend anzuerkennen – sei nur sinnvoll, wenn ohnehin nicht damit gerechnet werde, dass die Hamas sie akzeptiere. Unter den derzeitigen Umständen käme dies für die Hamas einem politischen Selbstmord gleich. Die Organisation müsste ihre Identität aufgeben, was kaum verhandelbar sei. Möglich sei es jedoch, die Transformation des Konflikts schrittweise zu erreichen, was von außen gefördert werden könne.

Seitdem die Hamas Regierungstätigkeiten übernommen habe, sei ein Auftrieb für die technokratischen Kräfte zu beobachten. Mit diesen könnten durchaus Gespräche ohne Vorbedingungen geführt werden. Die Isolierung der Hamas enge jedoch deren Handlungsspielräume ein, zumal sie unter dem Druck von Radikalen und Fundamentalisten stünden. Die bislang von Israel, den USA und der EU verfolgte Politik der unverzichtbaren Vorbedingungen solle zugunsten einer Taktik der „konstruktiven Vieldeutigkeit“ aufgegeben werden, die die Grundforderungen durch funktionale Äquivalente ersetze. Ein solcher Gesprächsprozess werde jedoch durch die rivalisierenden palästinensischen Fraktionen behindert, die sich wechselseitig politische Erfolge verweherten.

Dennoch habe die EU eine Reihe von Handlungsspielräumen, um die festgefahrene Lage zu überwinden. Eine Politik von Verboten und Ausgrenzungen werde hingegen nur den Status quo festigen. In Gesprächen mit der Hamas solle der ernsthafte Versuch gemacht werden, die Lage im Gaza-Streifen schrittweise zu normalisieren. Hierbei gelte es deutlich zu machen, dass eine wachsende internationale Anerkennung und Legitimität nur bei einer

Einhaltung verbindlicher Normen und einer deutlichen Reduzierung der Militanz zu erreichen ist. Ein Waffenstillstand könne ein „funktionales Äquivalent“ zur Verpflichtung auf Normen sein und im weiteren Verlauf Demilitarisierungsprozesse einleiten. Erfolgversprechend sei dieser Weg jedoch nur, wenn sich in der Hamas-Führung ein „pragmatisches Interesse“ an einem Gewaltverzicht durchsetze. Eine solche Vereinbarung zwischen den Konfliktparteien herbeizuführen, sei jedoch ohne die Unterstützung von dritter Seite kaum denkbar.



In der zweiten Fallstudie setzte sich Dr. Jochen Hippler, Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) an der Universität Duisburg-Essen (Foto), mit der Frage auseinander, welche Chancen und Risiken die neuen Strategiekonzepte unter Einbeziehung von Versöhnungs- und Reintegrationsprozessen für die Taliban-Kämpfer mit sich bringen, um den Afghanistan-Konflikt einer Lösung anzunähern. Dr. Hippler rief noch einmal die ursprünglichen Konfliktsachen in Erinnerung: Afghanistan sei durch eine fragile Staatlichkeit gekennzeichnet, in Folge dessen eine Ge-

sellschaft entstanden sei, die sich in zahlreiche bewaffnete Gruppen mit eigenen Macht- und Autonomieinteressen aufgespalten habe. Der Dauerkonflikt bilde einen günstigen Nährboden für eine drogengestützte Kriegsökonomie, die zu einer Schwächung der alten Stammeseliten und zum Aufstieg neuer Führungsgruppen in Form von Warlords, religiöser Führer und jihadistischer Ideologen geführt habe. Hinzu komme eine traumatische Erfahrung mit Interventionen und Einflussnahmen von dritter Seite. Diese seit Jahrzehnten bestehende Vielschichtigkeit der Konfliktkonstellationen und Verschiedenheit der Gewaltakteure, die sich eher in lockeren Verbänden als in festen Blöcken organisierten, gelte es zu berücksichtigen, wenn über Lösungsmöglichkeiten für den Gewaltkonflikt nachgedacht werde. Militärisch seien allenfalls taktische Teilerfolge zu erzielen, ohne jedoch einer dauerhaften Konfliktbeilegung näher zu kommen. Diese könne nur auf politischem Weg erreicht werden. Hierfür seien zwei Strategiekonzepte entwickelt worden, die jedoch nur teilweise miteinander in Einklang gebracht werden könnten: die Schaffung von Voraussetzungen für einen schrittweisen Truppenabzug und die Übertragung der Zuständigkeiten für die Sicherheitslage an die Zentralregierung in Kabul sowie die Herbeiführung von politischen Lösungen, um letztlich doch einen Erfolg der Intervention in Anspruch nehmen zu können.

Das unter Präsident Obama favorisierte Konzept der *Counterinsurgency* sehe vor, die Aufständischen militärisch zurückzudrängen und die in den nun kontrollierten Gebieten lebende Bevölkerung durch gezielte infrastrukturelle Maßnahmen für sich zu gewinnen. Der erhöhte Truppeneinsatz diene zum einen der Absicherung des Aufbaus legitimer staatlicher Strukturen, zum anderen solle er die Übernahme der Aufgaben durch die afghanischen Sicherheitskräfte vorbereiten. Diese Vorgehensweise sei, so Dr. Hippler, zwar plausibel und erstmals auf ein klares Ziel ausgerichtet, ihr Erfolg hänge jedoch von Faktoren ab, die außerhalb des Einflusses der ausländischen militärischen und zivilen Kräfte lägen. Ob es den afghanischen Behörden gelinge, eine in den Augen der Bevölkerung legitime Staatlichkeit aufzubauen, sei keineswegs absehbar. Die vielfach zu beobachtende politische Klientelwirtschaft und Korruption lasse zumindest Zweifel daran aufkommen. Außerdem habe die Regierung in Kabul in den letzten Jahren einen erheblichen Legitimitätsverlust erlitten. Trotzdem habe sich die westliche Politik in völlige Abhängigkeit von der Karzai-Regierung begeben. Nicht weniger problematisch sei der im Rahmen des neuen Strategiekonzeptes vorgesehene Auf- und Ausbau des afghanischen Sicherheitsapparates. Dieser könne zum einen nur durch die Beiträge der NATO-Länder dauerhaft finanziert

werden, zum andern stünden einer schwachen zivilen Staatlichkeit übermächtige Sicherheitskräfte gegenüber, die den Staat zu dominieren und kontrollieren drohten. Hinzu komme das Risiko eines erneuten Bürgerkriegs, weil der Machtanspruch des Sicherheitsapparates in der Gesellschaft auf Widerstand stoßen werde oder weil die externe Finanzierung nicht mehr gewährleistet sei.

Die Versuche, mit Verhandlungslösungen einen Ausweg aus den Dilemmata zu finden, seien ebenfalls mit Skepsis zu beurteilen. Gesprächsangebote würden von beiden Seiten häufig nur zu taktischen Zwecken eingesetzt, um die militärisch definierten Ziele zu erreichen. Auch der in diesem Kontext eingebrachte Begriff der „Versöhnung“ habe kaum etwas mit seiner eigentlichen Bedeutung zu tun, da die Versöhnungsinstrumente eher darauf ausgerichtet seien, den Taliban durch unterschiedliche Anreize die soziale Basis zu entziehen oder begrenzte lokale Bündnisse zu schließen. Da mit dieser Vorgehensweise weder ein Interessenausgleich noch eine Verständigung verbunden sei, werde die Überwindung der Spaltung eher noch erschwert. Angesichts der Ungewissheiten und Risiken der künftigen Entwicklung könne kaum erwartet werden, dass das Angebot, die Seiten zu wechseln, auf eine große Resonanz stoße. Außerdem sei damit zu rechnen, dass Mitnahmeeffekte bei den materiellen Angeboten entstehen, die jedoch nicht zu einer dauerhaften politischen Loyalität führten. Insgesamt seien die Erfolgsaussichten dieser Praxis nicht weniger kritisch zu beurteilen als die eines militärischen Sieges. Der Faktor Zeit spiele ohnehin den Aufständischen in die Hände, da diese den angekündigten Abzug der westlichen Truppen abwarten und auf die mögliche Erosion der Regierung setzen könnten. Verhandlungsangebote stärkten ihre Legitimität, ohne dass ein Druck bestehe, zu konkreten Ergebnissen oder gar Abkommen zu gelangen. Die Regierung Karzai hingegen müsse mehr Selbstständigkeit gegenüber den westlichen Akteuren zeigen, auch indem sie Gesprächsangebote an die Taliban richte, wobei eine Verständigung vermutlich an den eigenen Machtinteressen scheitern werde. Insofern sei nicht davon auszugehen, dass die Verhandlungen in absehbarer Zeit zu einem Friedensschluss führten, zumal es mehr als fraglich sei, ob alle relevanten Gewaltakteure sich einem solchen Abkommen unterordnen würden.

Die Beiträge zum Parlamentarischen Abend sind in einer ausgearbeiteten Fassung in Heft 7 der stiftungseigenen Reihe „Arbeitspapiere DSF“ veröffentlicht.¹⁷

2. Vernetzung der Stiftung in Wissenschaft, Praxis und Öffentlichkeit

Termine, die der nationalen und internationalen Vernetzung der Stiftung sowie ihrer Repräsentation bei öffentlichen Veranstaltungen dienen, werden insbesondere durch die Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstands oder auch durch den Geschäftsführer wahrgenommen. Hierzu zählte im Berichtsjahr die Teilnahme am Jahreskolloquium der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK) in Hamburg sowie am Gründungssymposium der Katholischen Friedensstiftung in Berlin.

Die Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstands der DSF führten zudem zahlreiche Informationsgespräche mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages sowie Vertretern und Vertreterinnen der Bundesministerien und zivilgesellschaftlicher Organisationen. Ferner informierten sie bei Terminen mit Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen der Friedens- und Konfliktforschung über laufende und geplante Forschungsvorhaben.

¹⁷ Mit Hamas und Taliban an den Verhandlungstisch? Möglichkeiten und Grenzen der Einbindung von Gewaltakteuren in Friedensprozesse. Beiträge zum Parlamentarischen Abend der DSF am 28. September 2010 in Berlin. Osnabrück 2011 (Arbeitspapiere DSF No7).

III. Aufgaben und Struktur der Stiftung

Die Deutsche Stiftung Friedensforschung wurde im Oktober 2000 als Stiftung bürgerlichen Rechts durch die Bundesrepublik Deutschland gegründet. Sitz der Stiftung ist die Friedensstadt Osnabrück. Die DSF ist als gemeinnützig im Sinne der Abgabenordnung anerkannt. Die Stiftung ist eine Einrichtung der Forschungsförderung, deren Aufgabe darin besteht, wissenschaftliche Vorhaben und strukturelle Entwicklungen im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung zu unterstützen.

Die Stiftungssatzung legt die Aufgaben und Ziele der DSF sowie ihre Organstruktur fest. Laut § 2 der Satzung verfolgt die Stiftung den Zweck, „die Friedensforschung ihrer außen- und sicherheitspolitischen Bedeutung gemäß insbesondere in Deutschland dauerhaft zu stärken und zu ihrer politischen und finanziellen Unabhängigkeit beizutragen.“

Der Stiftungszweck wird verwirklicht, indem die Stiftung wissenschaftliche Projekte der Friedens- und Konfliktforschung fördert und initiiert, nationale und internationale wissenschaftliche Konferenzen durchführt und die Ausbildung und Qualifizierung des wissenschaftlichen Nachwuchses unterstützt. Eigene wissenschaftliche Untersuchungen führt die Stiftung nicht durch.

1. Der Stiftungsrat

Das Leitungsorgan der Stiftung ist der Stiftungsrat. Ihm gehören 15 Mitglieder an, die durch die Stifterin, die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Prof. Dr. Annette Schavan, berufen werden. Sie vergibt die Mandate für einen Zeitraum von fünf Jahren. Eine einmalige Wiederbestellung ist möglich.

Der Stiftungsrat legt die Leitlinien der Forschungsförderung fest und entscheidet über die Vergabe der Fördermittel. Er beschließt den jährlichen Wirtschaftsplan, der Angaben über die erwarteten Erträge aus dem Stiftungsvermögen und über die geplanten Aufwendungen für Fördermaßnahmen, Initiativprojekte und institutionelle Kosten enthält. Außerdem erstellt er eine Jahresrechnung und einen Tätigkeitsbericht.

Der Stiftungsrat wird durch den Vorsitzenden und/oder die beiden stellvertretenden Vorsitzenden vertreten. Gemeinsam bilden diese den Geschäftsführenden Vorstand. Als Vorsitzender des Stiftungsrates amtiert seit April 2010 Prof. Dr. Michael Brzoska, Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH).

Stellvertretende Vorsitzende sind Dr. Helge Braun, Parlamentarischer Staatssekretär im Ministerium für Bildung und Forschung (BMBF), und Dr. Martina Fischer, stellvertretende Leiterin des Berghof Conflict Research in Berlin.

Der Stiftungsrat setzt sich satzungsgemäß aus acht Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen, darunter ein Vertreter/eine Vertreterin der Deutschen Forschungsgemeinschaft, sowie vier Vertretern/Vertreterinnen der Bundesregierung und drei Mitgliedern des Deutschen Bundestags zusammen.

In dieser Zusammensetzung kam der Stiftungsrat am 24. April 2010 und am 30. November 2010 zu zwei ordentlichen Sitzungen zusammen.

Dem Gremium gehörten am Jahresende 2010 folgende Mitglieder an:

Prof. Dr. Ulrike Beisiegel

Direktorin des Instituts für Biochemie und Molekularbiologie II: molekulare Zellbiologie, Universität Hamburg

Dr. Helge Braun

Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU/CSU), Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung

Prof. Dr. Michael Brzoska

Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH)

Prof. Dr. Christopher Daase

Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Frankfurt a. M.

Prof. Dr. Tobias Debiel

Direktor des Instituts für Entwicklung und Frieden (INEF) der Universität Duisburg-Essen

Dr. h. c. Gernot Eler

Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD), stellvertretender Fraktionsvorsitzender, Staatsminister a. D.

Dr. Martina Fischer

Stellvertretende Leiterin des Berghof Forschungszentrums für konstruktive Konfliktbearbeitung, Berlin

Dr. Werner Hoyer

Mitglied des Deutschen Bundestages (FDP), Staatsminister im Auswärtigen Amt

Gudrun Kopp

Mitglied des Deutschen Bundestages (FDP), Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaftliche Zusammenarbeit

Dr. Karl Lamers

Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU/CSU), Mitglied im Ausschuss für Verteidigung

Prof. Dr. Georg Nolte

Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Völker- und Europarecht, Humboldt-Universität zu Berlin

Dr. Ulrich Ratsch

Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft, Heidelberg

Prof. Dr. Volker Rittberger

Abteilung Internationale Beziehungen/Friedens- und Konfliktforschung, Institut für Politikwissenschaft, Eberhard Karls Universität Tübingen

Christian Schmidt

Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU/CSU), Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung

Marina Schuster

Mitglied des Deutschen Bundestages, Mitglied im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Neubesetzung des Geschäftsführenden Vorstands der DSF

Innerhalb eines Jahres wurden alle drei Positionen im Geschäftsführenden Vorstand der DSF neu besetzt. Am 22. April 2010 wählte der Stiftungsrat Prof. Dr. Michael Brzoska, Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg, zum Vorsitzenden des Gremiums. Der Ökonom und Politikwissenschaftler begann seine Karriere an der Universität Hamburg. Seine wissenschaftlichen Interessen führten ihn Mitte der 1980er Jahre an das renommierte Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) in Schweden, wo er sich insbesondere den Themen Rüstungsproduktion und Waffenhandel widmete. Nach einer erneuten Zwischenstation an der Universität Hamburg übernahm er 1994 die Position des Forschungsleiters am Bonn International Center for Conversion (BICC). Hier standen Fragen der Konversion militärischer Standorte sowie die ökonomischen Ursachen von Gewaltkonflikten im Mittelpunkt seiner wissenschaftlichen Arbeiten. Im Jahr 2006 nahm er einen Ruf an die Universität Hamburg an, wo er seither das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) leitet. Prof. Brzoska gehört dem Stiftungsrat bereits seit März 2006 an.

Prof. Brzoska übernahm den Vorsitz von Prof. Dr. Volker Rittberger, der die Stiftung seit September 2003 geleitet hatte und sich aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig aus dem Amt zurückziehen musste.

Ebenfalls auf der Sitzung im April wählten die Mitglieder des Stiftungsrats Dr. Helge Braun, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), zum stellvertretenden Vorsitzenden der Stiftung. Der in Gießen beheimatete Politiker machte die Bildungs- und Forschungspolitik zum Hauptaufgabengebiet seiner politischen Arbeit. Nachdem er dem Deutschen Bundestag bereits in den Jahren 2002 bis 2005 als Mitglied der CDU/CSU-Bundestagsfraktion angehört hatte, wurde er im September 2009 erneut in das Bundesparlament gewählt und stieg in der neuen Bundesregierung zum Parlamentarischen Staatssekretär im BMBF auf. Der ausgebildete Mediziner ist Spezialist für Anästhesiologie und operative Intensivmedizin.

Dr. Braun gehört dem Stiftungsrat der DSF seit März 2010 an. Er trat die Nachfolge von Staatssekretär a. D. Wolf-Michael Catenhusen an, der das Amt seit Juni 2001 ausgeübt hatte.

Auf der Sitzung vom 30. November 2010 wählten die Stiftungsratsmitglieder schließlich Prof. Dr. Tobias Debiel, Direktor des Instituts für Entwicklung und Frieden (INEF) an der Universität Duisburg-Essen, zum stellvertretenden Vorsitzenden der Stiftung. Der Politikwissenschaftler begann seine wissenschaftliche Laufbahn am INEF. Nach Stationen bei der Stiftung Entwicklung und Frieden und am Zentrum für Entwicklungsforschung der Universität Bonn wurde er 2006 an die Universität Duisburg-Essen berufen und übernahm auch die Leitung des INEF. Seine Forschungsschwerpunkte umfassen u.a. Global Governance und Friedenssicherung durch die Vereinten Nationen, Frühwarnung und Krisenprävention, fragile Staatlichkeit sowie Friedenskonsolidierung in Nachkriegsgesellschaften. Darüber hinaus gilt sein Interesse einem intensiven Austausch zwischen der Forschung und der politischen Praxis. Prof. Debiel, der dem Stiftungsrat seit Oktober 2009 angehört, tritt sein Amt zum 15. März 2011 an. Er folgt Dr. Martina Fischer nach, die seit November 2005 im geschäftsführenden Vorstand mitgewirkt hatte. Ihre Mitgliedschaft im Stiftungsrat konnte satzungsgemäß nicht mehr verlängert werden.

Die Stiftung dankt den ausgeschiedenen Mitgliedern des Geschäftsführenden Vorstands sehr herzlich für ihr Engagement. Es ist auch ihr Verdienst, dass sich die Stiftung zu einer weithin anerkannten Einrichtung der Forschungsförderung entwickeln konnte.

Veranstaltung zur Verabschiedung von Prof. Dr. Volker Rittberger als Vorsitzender der Stiftung

Am 22. April verabschiedete die Stiftung ihren langjährigen Vorsitzenden, Prof. Dr. Volker Rittberger, mit einem Empfang im Haus der EKD in Berlin. Die Einladung stieß auf große Resonanz, so dass der Veranstaltungsraum bis auf den letzten Platz gefüllt war.

Professor Rittberger war im September 2003 zum Vorsitzenden gewählt und 2008 für weitere fünf Jahre in seinem Amt bestätigt worden. Schwerwiegende gesundheitliche Probleme veranlassten ihn, sein Amt vorzeitig zur Verfügung zu stellen. Nach der Begrüßung durch die stellvertretende Vorsitzende Dr. Martina Fischer, hielt Staatssekretär a.D. Wolf-Michael Catenhusen die Laudatio, in der er die Verdienste Professor Rittbergers als Vorsitzender umfassend würdigte.

Dank und Anerkennung sprachen auch die Vertreter der Bundesregierung im Stiftungsrat der DSF, die Parlamentarischen Staatssekretäre Dr. Helge Braun (BMBF), Gudrun Kopp (BMZ) und Christian Schmidt (BMVg), aus. Die Stiftung könne dank des unermüdlichen Engagements von Professor Rittberger nicht nur auf eine ausgesprochen erfolgreiche Bilanz ihrer Fördertätigkeit zurückblicken, sondern sie gebe auch wichtige Impulse für den Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis.

Der ehemalige Bundestagsabgeordnete Winfried Nachtwei, der dem Stiftungsrat von 2001 bis 2006 angehört hatte, erinnerte in seinem Beitrag an die kontroversen politischen Debatten über die Frage der Gründung der DSF. Diese gehörten jedoch mittlerweile der Vergangenheit an, da sich die Stiftung insbesondere durch die Amtsführung von Professor Rittberger in allen politischen Lagern große Anerkennung erworben habe. Nach Beiträgen der Vorsitzenden des Wissenschaftlichen Beirats, Dr. Constanze Stelzenmüller, und von Prof. Dr. Michael Zürn, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, bedankte sich der neu gewählte Vorsitzende Prof. Dr. Michael Brzoska bei seinem Vorgänger für dessen überaus engagierten Einsatz für die Stiftung.

Zum Abschluss sprach Professor Rittberger den Mitgliedern des Stiftungsrats, des Wissenschaftlichen Beirats und den zahlreichen Kooperationspartnern der Stiftung in Wissenschaft und Politik seinen Dank für die fruchtbare und angenehme Zusammenarbeit aus und verlieh der Hoffnung Ausdruck, dass die erfolgreiche Arbeit der Stiftung sich künftig auch in einer angemesseneren Kapitalausstattung niederschlagen werde.

Infolge der Neuwahlen zum Deutschen Bundestag und der anschließenden Regierungsneubildung berief die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Frau Prof. Dr. Annette Schavan, folgende Mitglieder aus Parlament und Regierung neu in den Stiftungsrat:

- Das Bundesministerium für Bildung und Forschung wird durch den Parlamentarischen Staatssekretär, **Dr. Helge Braun**, vertreten.
- Als Vertreter des Auswärtigen Amtes gehört **Staatsminister Dr. Werner Hoyer** dem Gremium an.
- Aus dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit wurde die Parlamentarische Staatssekretärin **Gudrun Kopp** in den Stiftungsrat berufen.
- Als Vertreterin des Deutschen Bundestages gehört die Abgeordnete **Marina Schuster** erstmalig dem Gremium an.

Die Mandate von **Christian Schmidt**, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung, und **Dr. Karl Lamers**, Mitglied des Deutschen Bundestages, wurden durch Wiederberufung verlängert. **Dr. h.c. Gernot Erler**, der dem Stiftungsrat bislang als Vertreter des Auswärtigen Amtes angehört hatte, wurde nun als Vertreter des Deutschen Bundestages berufen.

Die Stiftung dankt den ausgeschiedenen Mitgliedern des Stiftungsrats, Staatssekretär a.D. Wolf-Michael Catenhusen und Staatssekretärin a. D. Karin Kortmann sowie dem ehemaligen Bundestagsabgeordneten Heinz Schmitt sehr herzlich für die engagierte Mitwirkung.

2. Der Wissenschaftliche Beirat

Die Satzung eröffnet der Stiftung die Möglichkeit, einen Wissenschaftlichen Beirat zu berufen. Dieser berät den Stiftungsrat und den Stiftungsvorstand insbesondere in Fragen der inhaltlichen Ausrichtung der Forschungsförderung und der Vermittlung der aus den geförderten Projekten hervorgehenden Forschungsergebnisse. Die Mitglieder stehen der Stiftung außerdem für gutachterliche Tätigkeiten zur Verfügung. Die Geschäftsordnung des Stiftungsrats legt fest, dass der Beirat bis zu 20 Personen umfassen kann. Die Mandatszeit beträgt drei Jahre.

Zum 1. Januar 2010 berief der Stiftungsrat **Prof. Dr. Ulrich Schneckener**, Universität Osnabrück, neu in den Wissenschaftlichen Beirat.

Auf seiner Sitzung im April 2010 beschloss der Stiftungsrat, **Dr. Constanze Stelzenmüller** für eine weitere Amtszeit als Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats zu bestätigen. Sie leitet das Gremium bereits seit Juni 2007.

Darüber hinaus verlängerte der Stiftungsrat die Mandate von acht Beiratsmitgliedern um weitere drei Jahre, so dass dem Beirat Ende 2010 folgende Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen angehörten:

Dr. Constanze Stelzenmüller (Vorsitzende)

The German Marshall Fund of the United States, Berlin

Prof. Dr. Martin Kalinowski (stellv. Vorsitzender)

Carl Friedrich von Weizsäcker-Zentrum für Naturwissenschaft und Friedensforschung (ZNF), Universität Hamburg

Prof. Dr. Matthias Bös

Zentrum für Konfliktforschung, Phillips-Universität Marburg

Prof. Dr. Wolfgang Frindte

Institut für Psychologie, Friedrich-Schiller-Universität Jena

Prof. Dr. Gerhard Beestermöller

Institut für Theologie und Frieden (ITHF), Hamburg

Uli Jäger

Institut für Friedenspädagogik e.V., Tübingen

Prof. Dr. Birgit Mahnkopf

Fachhochschule für Wirtschaft und Recht, Berlin

Prof. Dr. Dirk Messner

Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE), Bonn

Prof. Dr. Götz Neuneck

Forschungsverbund Naturwissenschaft, Abrüstung und internationale Sicherheit (FONAS), Hamburg

Prof. em. Dr. Dr. h. c. Dieter Senghaas

Institut für Internationale und Interkulturelle Studien (InIIS), Universität Bremen

Auf seiner Sitzung vom 30. November 2010 stimmte der Stiftungsrat zu, weitere acht Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen neu in den Beirat zu berufen, deren Mandate zum 1. Januar 2011 in Kraft traten:

PD Dr. Andreas Heinemann-Grüder, Akademie für Konflikttransformation, ZFD, Bonn; **Prof. Dr. Katharina Holzinger**, Fachbereich Politik- und Verwaltungswissenschaft, Universität Konstanz; **Prof. Dr. Annette Jünemann**, Institut für Politikwissenschaft, HSU der Bundeswehr, Hamburg; **Prof. Dr. Heike Krieger**, Institut für Rechtswissenschaft, FU Berlin; **Dr. Holger Nehring**, Arbeitskreis Historische Friedensforschung, University of Sheffield; **Prof. Dr. Günther Schlee**, Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung, Halle; **Prof. Dr. Klaus Schlichte**, Institut für Interkulturelle und Internationale Studien, Universität Bremen; **PD Dr. Ines-Jacqueline Werkner**, Institut für Politikwissenschaft, Universität Heidelberg.

Der Stiftungsrat dankt den ausgeschiedenen Mitgliedern des Wissenschaftlichen Beirats, Prof. Dr. Marie-Janine Calic, Dr. Volker Franke, Prof. Dr. Horst Fischer, Prof. em. Dr. Karl Holl, Prof. em. Dr. Kathryn Nixdorff, Dr. Anita Müller, Prof. Dr. Dr. Sabine von Schorlemer und Dr. Cornelia Ulbert für die geleistete Arbeit.

Im Jahr 2010 fand keine Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats statt. Der Termin wurde aus organisatorischen Gründen in das Folgejahr verschoben.

3. Die Geschäftsstelle der Stiftung in Osnabrück

Der Sitz der Deutschen Stiftung Friedensforschung ist Osnabrück. Im Steinwerk Ledenhof befindet sich die Geschäftsstelle der Stiftung, die mit zweieinhalb Personalstellen ausgestattet ist. Sie wird seit August 2001 durch den Geschäftsführer, Dr. Thomas Held, geleitet. Zum Team der Geschäftsstelle gehören ferner Sabine Podranski, die das Aufgabengebiet Sekretariat und Sachbearbeitung betreut, sowie Petra Menke, die für die Buchführung und die Internetpräsenz der Stiftung zuständig ist. Ergänzt wird das Team regelmäßig durch studentische Praktikanten und Praktikantinnen.

Im Jahr 2010 wurde das Team der Geschäftsstelle durch Janina Sentner, M.A., verstärkt. Sie übernahm die Projektleitung für das internationale Symposium „Religionen und Weltfrieden“.

Die Geschäftsstelle bereitet die Sitzungen der Stiftungsorgane vor und führt deren Beschlüsse aus. Sie bereitet den Wirtschaftsplan, die Jahresrechnung und den Tätigkeitsbericht der DSF vor. Die Geschäftsstelle übernimmt zudem Aufgaben der Öffentlichkeitsarbeit und organisiert die Veranstaltungen der Stiftung. Schließlich betreut sie auch die stiftungseigenen Veröffentlichungen „Jahresberichte“, „Forum DSF“, „DSF Forschung“, „Arbeitspapiere DSF“ und „DSF-Info“.

IV. Finanz- und Wirtschaftsbericht

Mit den ausschüttungsfähigen Erträgen aus der Bewirtschaftung des Stiftungskapitals finanziert die Stiftung sowohl ihre Förderleistungen als auch ihre institutionellen Kosten.

Gemäß § 3 (2) der Stiftungssatzung kann die DSF ihre finanziellen Handlungsspielräume ausweiten, indem sie einen Teil des Stiftungskapitals für Förderzwecke verzehrt. Hiervon machte die Stiftung in den Jahren 2002 bis 2004 und 2009 Gebrauch, um zusätzliche Mittel für das Programm zur Struktur- und Nachwuchsförderung bereitstellen zu können. Die Verringerung des Stiftungskapitals wurde in den Jahren 2004 bis 2007 durch Zustiftungen des Bundes nahezu vollständig ausgeglichen.

Grundsätzlich setzt sich die Stiftung das Ziel, das Stiftungskapital in seinem nominalen Wert in Höhe von 27,06 Mio. Euro zu erhalten. Die Bildung von Rücklagen zum realen Werterhalt ist stark abhängig von den Erträgen, die auf den internationalen Kapitalmärkten generiert werden können. Die derzeitige Niedrigzinsphase eröffnet der Stiftung keine Handlungsspielräume für eine Werterhaltungsstrategie.

Die Stiftung hat zwei Banken mit der Bewirtschaftung des Stiftungsvermögens beauftragt. Die Kapitalanlagen umfassen festverzinsliche Wertpapiere, Aktien, Fondsanteile, Zertifikate und Immobilienfonds. Auf festverzinsliche Wertpapiere entfällt ein Mindestanteil von 75 Prozent, Aktien und aktienähnliche Produkte können in Abhängigkeit von der Kapitalmarktlage bis zu 25 Prozent ausmachen. Die Bewertung erfolgte zu Anschaffungskosten gemäß den Vorschriften des HGB. Bei dauerhaften Wertminderungen wurden die Differenzbeträge zwischen Anschaffungskosten und Zeitwerten zum Stichtag 31.12.2010 abgeschrieben.

Die rentierliche Anlage des Stiftungskapitals erfolgt auf der Grundlage fester Regeln, die in den „Grundsätzen für die Vermögensverwaltung“, wie sie durch den Stiftungsrat im Mai 2009 beschlossen wurden, niedergelegt sind. Die zulässigen Anlageklassen sind durch eine Positivliste definiert. Zudem enthalten die Grundsätze eine Reihe konkreter Bestimmungen zum Risikomanagement sowie zu den Berichts- und Dokumentationspflichten der Vermögensbewirtschafter. Hierdurch wird den Stiftungsorganen ein umfassendes Controlling der Vermögensanlage ermöglicht.

1. Bilanz 2010

Die Bilanzsumme zum 31.12.2010 beträgt 28,2 Mio. Euro und hat sich gegenüber dem Vorjahr um 0,6 Mio. Euro reduziert. Auf der Aktivseite umfasst das Anlagevermögen 27 Mio. Euro und liegt damit um 0,3 Mio. Euro über dem Vorjahreswert. Es besteht fast ausschließlich aus Wertpapieren. Das Umlaufvermögen beträgt zum Stichtag rund 1,3 Mio. Euro und hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 0,8 Mio. Euro verringert. Dies lässt sich einerseits mit der Investition liquider Mittel in Wertpapiere erklären, zum anderen mit dem Abbau von Verbindlichkeiten durch Zahlungen an die Projektnehmer.

Auf der Passivseite veränderte sich die Bilanzsumme vor allem durch die Verringerung von Verbindlichkeiten für die Projektförderung. In der Forschungsprojektförderung gingen diese um rund 130 Tsd. Euro zurück, im Bereich der Struktur- und Nachwuchsförderung um rund 350 Tsd. Euro. Das Eigenkapital wurde um den Jahresfehlbetrag 2010 geschmälert.

2. Ertragsrechnung 2010

Die Erträge aus der Vermögensbewirtschaftung der Stiftung weisen einen positiven Betrag in Höhe von 950 Tsd. Euro aus. Die Differenz zum Ergebnis des Vorjahres beträgt rund 120 Tsd. Euro, was auf die Vermögensumschichtungen zurückzuführen ist. Im Jahr 2010 entstand aus Vermögensumschichtungen ein Verlust von 150 Tsd. Euro, der auf der Veräußerung von Wertpapieren beruht, deren Kurswerte als Folge der Finanzmarktkrise noch immer unter den Anschaffungskosten lagen. Die ordentlichen Erträge sind im Vergleich zu 2009 sogar um rund 40 Tsd. Euro höher ausgefallen, was vor allem auf die Investitionen in dividendenstarke Aktientitel zurückzuführen ist. Für Förderleistungen wurden 2010 insgesamt 630 Tsd. Euro zur Verfügung gestellt. Im Vergleich zum Vorjahr sanken die Aufwendungen zur Erfüllung des Stiftungszwecks somit um rund 325 Tsd. Euro. Die Rückflüsse aus der Projektförderung haben sich von 74 Tsd. Euro in 2009 auf 116 Tsd. Euro erhöht. Die Mittel für Wissenschaftliche Eigeninitiativen wurden in 2010 vor allem für das Symposium „Religionen und Weltfrieden“ benötigt, das im Oktober 2010 in Osnabrück stattfand. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung unterstützte dieses Projekt mit 250 Tsd. Euro. In 2010 wurden ca. 200 Tsd. Euro dieser Mittel benötigt.

	31.12.2010	31.12.2009
AKTIVA	in EURO	
A. Anlagevermögen		
I. Sachanlagen Betriebs- und Geschäftsausstattung	34.796,43	46.027,85
II. Finanzanlagen Wertpapiere des Anlagevermögens	<u>26.936.116,90</u>	<u>26.621.137,85</u>
	<u>26.970.913,33</u>	<u>26.667.165,70</u>
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
- Forderungen, insbes. aus Zinsansprüchen	454.622,45	432.661,10
- Forderungen aus Förderleistungen	3.735,54	0,00
- Sonstige Vermögensgegenstände	329.358,44	16.815,61
II. Liquide Mittel	<u>478.045,04</u>	<u>1.685.789,15</u>
	<u>1.265.761,47</u>	<u>2.135.265,86</u>
BILANZSUMME	28.236.674,80	28.802.431,56
PASSIVA	in EURO	
A. Eigenkapital		
I. Stiftungskapital	27.489.456,41	27.725.367,81
II. Ergebnismrücklagen	221.242,19	146.638,53
III. Verlustvortrag	-465.220,71	-465.220,71
IV. Jahresfehlbetrag	<u>-369.754,86</u>	<u>-161.357,74</u>
	<u>26.875.723,03</u>	<u>27.245.427,89</u>
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	26.551,41	33.471,00
C. Rückstellungen	10.429,51	9.208,84
D. Verbindlichkeiten		
I. Verbindl. gegenüber Kreditinstituten	286.572,05	0,00
II. Zusagen Projektförderung	592.851,82	719.356,49
III. Zusagen Struktur- und Nachwuchsförderung	357.800,00	711.711,00
IV. Sonstige Verbindlichkeiten	<u>86.686,98</u>	<u>83.256,34</u>
	<u>1.323.910,85</u>	<u>1.557.003,67</u>
E. Passive Rechnungsabgrenzung	60,00	0,00
BILANZSUMME	28.236.674,80	28.802.431,56

	31.12.2010	31.12.2009
in EURO		
I. Erträge aus Vermögensbewirtschaftung	949.448,19	1.070.539,11
1. Erträge aus Wertpapieren des Anlagevermögens	1.079.132,60	1.030.059,04
2. Zinsen aus Festgeldern	1.642,49	15.678,97
3. Finanzergebnis (aus Verkauf Finanzanlagen)	-150.270,93	14.038,60
4. Sonstige Erträge	18.944,03	10.762,50
II. Aufwendungen aus Vermögensbewirtschaftung	588.007,84	133.869,31
1. Managementgebühren Banken	131.890,98	129.500,47
2. Abschreibungen auf Finanzanlagen	448.255,01	0,00
3. Steuern (hier: Kapitalertragsteuer)	7.861,85	4.368,84
III. Ergebnis aus Vermögensbewirtschaftung	361.440,35	936.669,80
I. Erträge aus Verwaltung	12.039,59	11.143,09
1. Auflösung Sonderposten für Umbaumaßnahmen	6.919,59	6.919,59
2. Sonstige Erträge, insbes. Vermietung Saal	5.120,00	4.223,50
II. Aufwendungen aus Verwaltung	272.054,91	219.287,08
1. Personalaufwendungen	209.487,31	145.611,75
2. Abschreibungen auf Sachanlagen	14.110,58	14.293,15
3. Sonstiger betrieblicher Aufwand (Sachaufwendungen)	48.457,02	59.382,18
III. Ergebnis aus Verwaltung	-260.015,32	-208.143,99
Jahresergebnis vor Erfüllung des Stiftungszweckes	101.425,03	728.525,81
Aufwendungen und Erträge zur Erfüllung des Stiftungszweckes	471.179,89	889.883,55
1. Projektförderung – Neubewilligungen	630.328,96	699.111,00
2. Projektförderung – Evaluierung und Forschungsberichte	1.404,29	7.425,98
3. Rückzahlungen Projektförderung	-47.982,82	-69.860,92
4. Nachwuchsförderung – Neubewilligungen	0,00	250.000,00
5. Rückzahlungen Nachwuchsförderung	-68.479,89	-4.062,68
6. Wissenschaftliche Eigeninitiativen	158.403,39	7.270,17
7. Förderung durch Dritte	-202.494,04	0,00
Jahresergebnis	-369.754,86	-161.357,74

Für die vollständige Jahresrechnung ist der folgende uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt worden:

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Ich habe den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung der Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF) für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2010 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung des Jahresabschlusses nach den deutschen gesetzlichen Vorschriften für Jahresabschlüsse von Stiftungen und den ergänzenden Regelungen in der Stiftungssatzung liegen in der Verantwortung des Geschäftsführers und des Stiftungsrates der DSF. Meine Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von mir durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung abzugeben.

Ich habe meine Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen: Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der DSF sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung und Jahresabschluss überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze unter Berücksichtigung stiftungsbezogener Besonderheiten und der wesentlichen Einschätzungen des Geschäftsführers sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses. Ich bin der Auffassung, dass meine Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für meine Beurteilung bildet.

Meine Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach meiner Überzeugung vermittelt der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stiftung.

Bad Iburg, den 4. Mai 2011




Dipl.-Kfm. Hermann Ewerding
- Wirtschaftsprüfer -

V. Anhang

A. Zusammenfassende Darstellungen der im Jahr 2010 in die Förderung aufgenommenen Forschungsvorhaben

Lokale Konfliktodynamiken: Umweltwandel, Ernährungskrisen und Gewalt in Subsahara-Afrika	
Laufzeit: 24 Monate August 2010 bis Juli 2012 Fördersumme: 157.272,00 Euro	Projektleiter: Prof. Dr. Sven Chojnacki Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft Freie Universität Berlin

Projektzusammenfassung

Das Projekt untersucht erstens, welche Beziehung zwischen umweltinduzierten Ernährungskrisen und kollektiver Gewaltanwendung in Afrika südlich der Sahara besteht und zweitens, welche Formen des (gewaltsamen) Konfliktaustrags auftreten und drittens, ob sich typische Pfade der Konflikteskalation in ländlichen und städtischen Räumen der Sahelzone identifizieren lassen. Das Projekt fragt damit danach, ob ein Zusammenhang zwischen Klimawandel, Ernährungskrisen und kollektiver Gewaltanwendung besteht und über welchen Vermittlungsprozess (u.a. politische und soziale Faktoren, geographische Bedingungen, Art der Verteilungskonflikte) gesellschaftliche Konflikte eskalieren.

Ausgangspunkt sind einerseits zunehmend alarmierende Szenarien in Teilen der Politik und Umweltforschung über die Auswirkungen des globalen Klimawandels auf regionale und lokale Konfliktkonstellationen (Verteilungskonflikte), andererseits Kausalmodelle, die quasi-deterministische Pfade zur Wahrscheinlichkeit der Entstehung umweltinduzierter Gewaltkonflikte annehmen. So identifiziert etwa der „Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltfragen“ (WBGU) einen vereinfachten Kausalzusammenhang von ökologischem Wandel zu Konflikt und Gewalt, welcher in zahlreichen afrikanischen Staaten insbesondere in der Sahelzone wirksam sein soll. Umweltveränderungen führen demzufolge zur Verknappung und qualitativen Verschlechterung von Wasserressourcen, Agrar- und Weideland und damit zu Rückgängen in der Nahrungsmittelproduktion. Diese resultieren unter bestimmten Bedingungen in Ernährungskrisen, infolge derer Destabilisierung, Konflikt und Gewalt drohen. Dem Modell des WBGU gelingt es damit zwar, eine zentrale Wirkungskette von Konflikten infolge klimawandelbedingter Ernährungskrisen zu erfassen und ein komplexes Bedingungsgefüge ökologischer, ökonomischer sowie politischer Faktoren zu integrieren. Jedoch lässt das Modell zwei entscheidende Lücken offen. Erstens beschränkt sich die Konzeption politischer Faktoren auf Regierungshandeln, die formal-institutionelle Ebene des politischen Systems sowie die Einbindung in inter- und suprastaatliche Organisationen – und wird damit den sozial-räumlichen Bedingungen der Sahelzone nur bedingt gerecht. Zweitens ist der Pfad von der Destabilisierung und Konflikt hin zu Gewalt prozesstheoretisch extrem unterspezifiziert.

Ziel des Forschungsprojekts ist daher die Analyse des zentralen Schritts (bzw. der Lücken) in der vom WBGU beschriebenen Kausalkette von Klimawandel über Produktionsrückgang, Ernährungskrise und Konflikt hin zu Gewalt. Das Projekt fragt danach, warum und unter welchen Bedingungen Konflikte infolge von umweltinduzierten Ernährungskrisen

gewaltsam verlaufen. Es trägt damit dazu bei, drei zentrale Lücken in der Forschung über Umweltveränderungen und Gewaltkonflikte zu schließen. Diese bestehen a) in der bislang unzureichend beantworteten Frage nach der konkreten Gestalt und Wirkungsweise der sozialen und politischen Vermittlung ökologischer Faktoren im Übergang zur Gewaltanwendung; b) in *weak-link*-Designs (und damit zum Teil unzulässigen Schlussfolgerungen) der bisherigen Forschung, die von der systemischen und/oder staatlichen Ebene auf lokales/transnationales Konfliktverhalten schließt, sowie c) im Fehlen von Arbeiten, die analytisch unterhalb der staatlichen Ebene ansetzen. Die übergeordnete Fragestellung des Projekts wird dazu in zwei Forschungsziele übersetzt:

(1) Das Projekt identifiziert idealtypisch unterschiedliche Formen von aus Ernährungskrisen folgenden Gewaltkonflikten. Auf welchen Ebenen und in welchen Räumen eskalieren Konflikte zur Gewalt (oder auch nicht)? Welche Akteure sind beteiligt? Wer sind Ziele und AdressatInnen von Gewalt?

(2) Das Projekt spezifiziert die sozialen und politischen Einflussfaktoren sowie die Prozessdynamiken, die jenseits von nationalstaatlicher Regierung, politischem System sowie inter- und suprastaatlicher Einbindung dazu führen, dass Konflikte infolge von Ernährungskrisen zu Gewaltkonflikten eskalieren bzw. mit Gewalt ausgetragen werden. Welche lokalen (sozialen, politischen, ökonomischen, geographischen) Bedingungen wirken gewaltverschärfend oder deeskalierend? Welche Formen und Institutionen der Konfliktregelung bestehen und wie werden diese zur Eskalation oder Deeskalation von Gewalt genutzt bzw. instrumentalisiert?

Um diese Forschungsziele zu erreichen, geht das Projekt in vier Schritten vor. Im ersten Arbeitsschritt wird auf der Grundlage theoretischer Überlegungen ein konzeptioneller Rahmen zur Analyse von Konflikten infolge von Ernährungskrisen sowie der Bedingungen ihres gewaltsamen Austrags entwickelt. Daraus werden die Kategorien für die empirische Analyse abgeleitet. Daran anschließend erfolgt im zweiten Arbeitsschritt ein *Mapping* gewaltsamer Konflikte und staatlicher wie nichtstaatlicher Gewaltakteure unterhalb der Kriegsschwelle in den städtischen und ländlichen Räumen von Niger und Äthiopien im Zeitraum 1980-2009. Der dritte Arbeitsschritt dient der fokussierten empirischen Analyse der Verlaufsformen und Bedingungen untersuchungsrelevanter Konflikte. Methodisch erfolgt dies einerseits über die Erhebung von nachrichtenbasierten Ereignisdaten und geographisch spezifizierten Informationen über klimatische, politische, ökonomische und soziale Bedingungen, andererseits über die Erhebung eigener Daten in Form von Leitfaden gestützten Interviews mit ExpertInnen sowie der Betroffenen und Beteiligten der jeweiligen Konflikte. Im vierten Schritt werden die Ergebnisse der fallbasierten Analysen substaatlicher/lokaler Konfliktlinien zusammengeführt, theoretische Rückschlüsse gezogen und darauf aufbauend empirisch begründete Aussagen formuliert. Der letzte Arbeitsschritt zielt auf den Transfer der gewonnenen Erkenntnisse in die wissenschaftliche und politisch-anwendungsbezogene Debatte.

Ergebnis des Projekts werden verfeinerte, prozesstheoretisch unterfütterte Aussagen über die Bedingungen, Wirkungszusammenhänge und Verlaufsformen gewaltsam ausgetragener Konflikte infolge umweltinduzierter Ernährungskrisen sein. Das Vorhaben trägt damit sowohl zur Theorieentwicklung im Bereich der Forschung über die Zusammenhänge von Umweltveränderungen und Gewaltkonflikten als auch zur Spezifizierung und Ausdifferenzierung von Pfaden und Formen umweltinduzierter Konflikte unterhalb der nationalstaatlichen Ebene bei.

Dealing with the Past and Peacebuilding in the Western Balkans	
<p>Laufzeit: 24 Monate März 2010 bis Februar 2012 Fördersumme: 169.647,00 Euro</p>	<p>Projektleiterin: Dr. Martina Fischer Berghof Conflict Research, Berlin</p>

Projektzusammenfassung

Das Projekt untersucht Initiativen für Aufarbeitung und Aussöhnung, die in Reaktion auf die Kriege der frühen neunziger Jahre im ehemaligen Jugoslawien ergriffen wurden. Die Notwendigkeit der juristischen Aufarbeitung wurde zunächst vor allem von den Vereinten Nationen und der Europäischen Union betont und mit der Einrichtung des *International Criminal Tribunal for the Former Yugoslavia (ICTY)* in Den Haag 1993 von außen an die Gesellschaften der Region herangetragen. Von diesen Akteuren wurde auch der Aufbau von Strafgerichten in den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien unterstützt. Maßnahmen zur Reform von Polizeiapparaten, zur Flüchtlingsrückkehr und zur Klärung von Eigentumsrechten und Kompensationen wurden ebenfalls durch internationale Experten begleitet. Internationale Organisationen und bilaterale Geldgeber, darunter Ministerien, Stiftungen, Menschenrechtsorganisationen, friedens- und entwicklungspolitische Einrichtungen haben darüber hinaus Maßnahmen gefördert, die Prozesse der gesellschaftlichen Aufarbeitung anregen sollen.

Mit dem Auslaufen des Mandats des Haager Tribunals stehen die Gesellschaften in der Region vor der Herausforderung, Prozesse der Aufarbeitung eigenständig zu gestalten. Das Forschungsvorhaben nimmt diese Umbruchphase zum Anlass, bisherige Ansätze zur Aufarbeitung von Gewalt und Menschenrechtsverletzungen in Bosnien-Herzegowina, Kroatien und Serbien rückblickend zu bewerten, aktuelle Trends genauer in den Blick zu nehmen und zu fragen: Wie bereiten sich internationale und lokale Akteure auf die neue Situation vor? Welche Vorschläge existieren in den drei Ländern für den Umgang mit Vergangenheit? Das Projekt untersucht die Interaktion unterschiedlicher Akteursebenen. Es nimmt zunächst die Aktivitäten der „Protagonisten“ von *Transitional Justice*, der internationalen Akteure und lokalen Friedens- und Menschenrechtsorganisationen in den Blick, um sie im Hinblick auf ihre Kohärenz und ihre Implikationen für Friedensförderung und Konflikttransformation zu untersuchen.

Das Projekt will außerdem über Kooperationsformen und Lernprozesse Aufschluss gewinnen. Es will Synergien, Dilemmata und Zielkonflikte identifizieren, die sich im praktischen Zusammenwirken von Friedens- und Menschenrechtsarbeit ergeben, und es fragt nach der Reichweite, der gesellschaftlichen und politischen Verankerung der Aktivitäten. Vertreter politischer Parteien sowie der Strafgerichte für Kriegsverbrechen bei den lokalen Gerichten werden daher ebenfalls zu ihren Einschätzungen befragt.

Völkerrechtliche Einhegung unbemannter bewaffneter Systeme	
<p>Laufzeit: 21 Monate Mai 2010 bis Januar 2012 Fördersumme: 132.450,00 Euro</p>	<p>Projektleiter: Prof. Dr. Thilo Maruhn Franz von Liszt-Institut für internationales Recht und Rechtsvergleichung, Justus-Liebig-Universität Gießen</p>

Problemstellung und methodische Grundlegung

Unbemannte Systeme (UMS) sind bei Streitkräften als Aufklärungsflugzeuge seit etwa drei Jahrzehnten im Einsatz. In jüngerer Zeit gibt es verstärkt Bestrebungen, unbemannte Luftfahrzeuge zu bewaffnen und darüber hinaus unbemannte Land- und Wasserfahrzeuge zu entwickeln. Etwa 50 Länder produzieren heute unbemannte Luftfahrzeuge, 20 exportieren sie. Es gibt Kleinflugzeuge mit einer Reichweite von einigen Kilometern, mittlere Größen (bis einige 100 km Reichweite), und einige wenige große, die 24 Stunden und länger in der Luft bleiben können und 10.000 km (und zurück) fliegen können.

Trotz der enorm ansteigenden Bedeutung von UMS, sowohl im militärischen als auch im zivilen Bereich, ist die Regelungsdichte vergleichsweise gering. Eine sicherheitspolitisch orientierte Gesamtschau internationaler Regelungsansätze ist daher geboten, um Regelungsstand, Regelungslücken und Regelungsbedarf festzustellen.

Im Hinblick auf die mit dem Einsatz (aber auch schon mit der Herstellung und Proliferation) (insbesondere bewaffneter) unbemannter Systeme verbundenen sicherheitspolitischen Risiken und im Hinblick auf die völkerrechtliche Unterscheidung zwischen dem *ius in bello* und dem *ius ad bellum* unterscheidet das vorliegende Forschungsprojekt zwischen einem humanitär-völkerrechtlichen Teil und einem rüstungskontrollrechtlichen Teil. Zum rüstungskontrollpolitischen Teil gehören auch Bemühungen um eine Kontrolle der horizontalen Proliferation von unbemannten Systemen, insbesondere Exportkontrollen. Im Rahmen des auf den Einsatz von unbemannten Systemen im bewaffneten Konflikt bezogenen Teils soll auch die Frage erörtert werden, ob und inwieweit der internationale polizeiliche Einsatz von UMS bestimmten Beschränkungen unterliegt. Rechtsvergleichende Erkenntnisse zum innerstaatlichen Recht sowie europa- und völkerrechtliche Vereinbarungen, die primär das verkehrsrechtliche Gefahrenpotenzial von unbemannten Systemen in den Blick nehmen, sollen flankierend einbezogen werden.

Im Laufe des Vorhabens soll ein intensiver Diskurs mit politischen und wirtschaftlichen Akteuren gepflegt werden. Diesen „*stakeholders*“ sollen die Ergebnisse auf einer abschließenden Tagung vorgestellt werden. So soll ein sicherheitspolitisch orientierter völkerrechtlicher Wissenstransfer sichergestellt werden.

Erwartete Forschungsergebnisse

Das Forschungsvorhaben zielt auf ein dreifaches Ergebnis: (1) Feststellung der aktuellen völkerrechtlichen Rahmenbedingungen für (insbesondere bewaffnete) unbemannte Systeme; (2) Identifizierung von Regelungslücken und Regelungsnotwendigkeiten; (3) Erarbeitung von Regelungsvorschlägen für die effektive Einhegung der mit dem militärischen Einsatz von unbemannten Systemen verbundenen Risiken.

Originalität des Vorhabens

Bislang gibt es noch keine wirklich umfassende Untersuchung der humanitär-völkerrechtlichen oder der rüstungskontroll- und proliferationsrechtlichen Rahmenbedingungen unbemannter Systeme. Das Vorhaben berücksichtigt allerdings die technischen und rüstungskontrollpolitischen Erkenntnisse anderer Projekte.

B. Wissenschaftliche Veröffentlichungen aus von der DSF geförderten Projekten

Gewalt und Krisenprävention

**Terrorismus – mediale Konstruktion und individuelle Interpretation:
Ein friedenswissenschaftlicher Beitrag zur medien- und sozialwissenschaftlichen
Analyse und Bewertung terroristischer Bedrohungen in Deutschland**

Projektleiter: **Professor Dr. Wolfgang Frindte**, Institut für Kommunikationswissenschaft der Friedrich-Schiller-Universität Jena

- Wolfgang Frindte/Nicole Haußecker: Inszenierter Terrorismus: Mediale Konstruktionen und individuelle Interpretationen. Wiesbaden: VS Verlag: 2010.
- Wolfgang Frindte/Jens Jirschwitz/Susan Gniechwitz/Nicole Haußecker: Terrorismus - mediale Konstruktionen und individuelle Interpretationen. In: Claudia Glunz/Thomas F. Schneider (Hrsg.): Jahrbuch Krieg und Literatur/War and Literature, Sonderband. Osnabrück: V&R Universitätsverlag 2010.

Religion und Bürgerkrieg: Zur Ambivalenz religiöser Faktoren im subsaharischen Afrika

Projektleiter: **Dr. Matthias Basedau**, Institut für Afrikastudien, German Institute of Global and Area Studies (GIGA), Hamburg

- Matthias Basedau/Johannes Vüllers: Religion als Konfliktfaktor? Eine systematische Erhebung religiöser Gewaltdimensionen im subsaharischen Afrika. In: Die Friedens-Warte 85 (2010), 1-2, S. 85-106.
- Alexander De Juan/Johannes Vüllers: Religious Peace Activism – The Rational Element of Religious Elites' Decision-making Processes. GIGA Working Paper 130 (2010).

Legitime Gewaltoligopole in Postkonfliktgesellschaften unter besonderer Berücksichtigung von Liberia und Sierra Leone

Projektleiter: **Dr. Andreas Mehler**, Institut für Afrikastudien, German Institute of Global and Area Studies (GIGA), Hamburg

- Andreas Mehler: Why Security Forces do not deliver Security: Evidence from Liberia and the Central African Republic. In: Armed Forces and Society. Pre-published on November, 19th 2010 unter: <<http://afs.sagepub.com/content/early/2010/11/18/0095327X10390468.abstract>>.
- Judy Smith-Höhn: Challenges to Rebuilding the Security Sector in Post-Conflict Societies: Perceptions from Urban Liberia and Sierra Leone. Berlin u.a.: DCAF/Lit Verlag 2010.
- Judy Smith-Höhn: Transformation through Participation: Public Perceptions in Liberia and Sierra Leone. In: Alan Dryden/Funmi Olanisakin (Hrsg.): Security Sector Transformation in Africa. Berlin u.a.: DCAF/Lit Verlag 2010, S. 89-112.

Intervention in Gewaltkonflikte

Peacebuilding in Practice: Researching the Interactions of Interveners and Intervened

Projektleiter: **Prof. Dr. Michael Daxner**, Institut für Sozialwissenschaften, Carl von Ossietzky Universität Oldenburg

- Thorsten Bonacker, Michael Daxner, Jan H. Free, Christoph Zürcher: Interventionskultur - zur Soziologie von Interventionsgesellschaften. VS Verlag für Sozialwissenschaften Wiesbaden 2010.

Tourismus, Frieden und Konflikt: Effekte, Strategien und das privatwirtschaftliche Engagement in der Friedensförderung

Projektleiter: **Karsten Palme**, Cologne Business School

- Rina M. Alluri: Ein neues Image aufbauen. In: TourismWatch 59/60 (2010), S. 14-15. Verfügbar unter: <http://www.tourism-watch.de/files/TourismWatch_59_60.pdf>.
- Rina M. Alluri: Los gorilas y el genocidio: el turismo y la creación de paz en Rwanda. In: Maria Prandi/Jospe M. Lozano (Hrsg.): La RSE en contextos de conflicto y postconflicto: de la gestión del riesgo a la creación de valor. Barcelona: Escola de Cultura de Pau (UAB)/ Instituto de Inovación Social (ESADE) 2010, S. 125-134.

Global Economic Costs of Conflict (GECC)

Projektleiter: **Prof. Dr. Tilman Brück**, Abteilung Weltwirtschaft des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin

- Carlos Bozzoli/Tilman Brück/Simon Sottas: A Survey of the Global Economic Costs of Conflict. In: Defence & Peace Economics 2 (2010), S. 165-176.
- Carlos Bozzoli/Tilman Brück/Olaf J. de Groot: The Global Economic Costs of Conflict. GECC-Project Paper 3, DIW 2010.
- Tilman Brück/Olaf J. de Groot/Friedrich Schneider: Eine erste Schätzung der Wirtschaftlichen Kosten der deutschen Beteiligung am Krieg in Afghanistan. In: DIW Wochenbericht 21 (2010), S. 2-11. In: Friedens-Forum 5 (2010), S. 18-19.

Private-Private Partnerships? Möglichkeiten und Grenzen von Nichtregierungsorganisationen im Umgang mit nicht-staatlichen Gewaltakteuren

Projektleiter: **Prof. Dr. Ulrich Schneckener**, Fachbereich 1: Sozialwissenschaften, Universität Osnabrück

- Ulrich Schneckener: Internationales Statebuilding. Dilemmata und Herausforderungen für „externe“ Akteure. In: Josef Braml, Thomas Risse, Eberhard Sandschneider (Hrsg.): Einsätze für den Frieden. Sicherheit und Entwicklung in Räumen begrenzter Staatlichkeit. Jahrbuch der DGAP, Bd. 28, Berlin: Oldenburg 2010, S. 77-84.

- Ulrich Schneckener: Globale Sicherheitspolitik und die Krise des multilateralen Systems. In: Herfried Münkler, Matthias Bohlender, Sabine Meurer, (Hrsg.): Handeln unter Risiko. Gestaltungsansätze zwischen Wagnis und Vorsorge. Bielefeld: Transcript Verlag, 2010, S. 145-166.
- Ulrich Schneckener: Dealing with Armed Non-State Actors in State- and Peacebuilding. Types and Strategies. In: Wolfgang Benedek, Christopher Daase, Petrus Van Dyne (eds): Transnational Terrorism, Organized Crime and Peacebuilding. London: Palgrave 2010, S. 229-248.
- Ulrich Schneckener: Unintended Consequences of International Statebuilding. In: Christopher Daase, Cornelius Friesendorf, (Hrsg.): Rethinking Security Governance. The problem of unintended consequences. London: Routledge, 2010, S. 62-81.

Friedenskonsolidierung nach Beendigung von Gewaltkonflikten

Politische und gesellschaftliche Brüche nach dem Krieg: Jugendgewalt in Kambodscha und Guatemala

Projektleiter: **Prof. em. Dr. Franz Nuscheler**, Institut für Entwicklung und Frieden, Universität Duisburg-Essen

- Sabine Kurtenbach: Why is Liberal Peace-building so Difficult? Some Lessons from Central America. In: European Review of Latin American and Caribbean Studies 88 (2010), S. 95-110.
- Sabine Kurtenbach: Jugendliche in Nachkriegsgesellschaften - Kontinuität und Wandel von Gewalt. In: Peter Imbusch (Hrsg.): Jugendliche als Täter und Opfer von Gewalt. Wiesbaden: VS-Verlag 2010, S. 175-212.

Entschuldigung und Versöhnung in den internationalen Beziehungen

Projektleiter: **Professor Dr. Christopher Daase**, Fachbereich Gesellschaftswissenschaften, Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt a.M.

- Christopher Daase: Addressing Painful Memories: Apologies as a New Practice in International Relations. In: Aleida Assmann/Sebastian Conrad (Hrsg.): Memory in a Global Age. Discourses, Practices and Trajectories. Basingstoke: Palgrave Macmillan 2010, S.19-31.
- Stefan Engert: A Case-study in Atonement: Adenauer's Holocaust Apology. In: The Israeli Journal of Foreign Affairs 4 (2010), 3, S. 111-122.

Staatsverfall als Friedens- und entwicklungspolitische Herausforderung

Projektleiter: **Prof. Dr. Tobias Debiel**, Institut für Politikwissenschaft, Universität Duisburg-Essen

- Marleen Renders, Ulf Terlinden: Negotiating Statehood in a Hybrid Political Order: The Case of Somaliland. Development and Change 41 (2010), 4, S. 723-746.

Friedenspädagogik

Feldevaluation friedensbauender Bildungsprojekte

Projektleiter: **Prof. em. Dr. Volker Lenhart**, Institut für Bildungswissenschaft, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg

- Volker Lenhart, Reinhart Mitschke, Simone Braun: Friedensbauende Bildungsmaßnahmen bei bewaffneten Konflikten. Frankfurt a.M.: Peter Lang 2010.
- Volker Lenhart: Friedensbauende Bildungsmaßnahmen bei bewaffneten Konflikten. In: Zeitschrift für Internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik 33 (2010), 4, S. 18-22.
- Volker Lenhart: Courage zum Frieden: Friedenserziehung in geteilten Gesellschaften. In: Gerd-Bodo von Carlsburg/Karl-Heinz Dammer/Helmut Wehr (Hrsg.): „Hätte ich doch nicht weggeschaut!“ Zivilcourage früher und heute, Augsburg: Brigg 2010, S. 130-137.
- Volker Lenhart/Alamara Karimi/Tobias Schäfer: Peace Education does matter! Zwischenergebnisse eines Forschungsvorhabens zur Friedenspädagogik in Konfliktgebieten. In: Die Friedens-Warte 85 (2010), 3, S. 53-68.
- Alamara Karimi: Methodenprobleme friedenspädagogischer Forschung in Konfliktgebieten. In: Zeitschrift für internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik (ZEP) 4 (2010), 33, S. 23-27.

Friedensvölkerrecht und internationale Organisation des Friedens

Parlamentarische Kontrolle von Militäreinsätzen in westlichen Demokratien

Projektleiter: **Dr. Wolfgang Wagner**, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HFSK)

- Dirk Peters/Wolfgang Wagner: Parlamentsvorbehalt oder Exekutivprivileg? Ursachen unterschiedlicher Entscheidungsverfahren beim Einsatz von Streitkräften in Demokratien. In: Internationale Beziehungen 2 (2010), S. 203-234.
- Wolfgang Wagner, Dirk Peters, Cosima Glahn: Parliamentary War Powers Around the World, 1989-2004. A New Data Set. Genf: DCAF-Occasional Paper Nr. 22 2010.
- Dirk Peters/Wolfgang Wagner: External Threat and Democratic Institutions: The Parliamentary Control of Military Missions. Working Paper No. 29 (2010-03), VU University Amsterdam: 2010. Verfügbar unter: http://www.fsw.vu.nl/en/Images/WP_Peters_Wagner_2010_tcm31-188167.pdf

Regionale Sicherheitsarrangements als Barrieren oder Bausteine globalen Regierens

Projektleiterin: **Prof. Dr. Nicole Deitelhoff**, Fachbereich Gesellschaftswissenschaften, Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt a.M.

- Nicole Deitelhoff und Klaus-Dieter Wolf: Corporate Security Responsibility? Corporate Governance Contributions to Peace and Security in Zones of Conflict. Hampshire: Palgrave Macmillan 2010.

Die Internationale Organisation des Friedens

Projektleiter: **Dr. Matthias Dembinski**, HSKF/**Prof. Dr. Andreas Hasenclever**, Institut für Politikwissenschaft, Universität Tübingen

- Matthias Dembinski und Andreas Hasenclever: Die internationale Organisation des Friedens. Studien zur Leistungsfähigkeit regionaler Sicherheitsinstitutionen. Baden-Baden: Nomos 2010.

Rüstungskontrolle und Abrüstung

Unbemannte bewaffnete Systeme – Trends, Gefahren und präventive Rüstungskontrolle

Projektleiter: **Dr. Jürgen Altmann**, Fachbereich Experimentelle Physik/Physics and Disarmament, TU Dortmund

- Jürgen Altmann: Armed UAVs - Dangers for Peace, International Humanitarian Law and Security in Societies. In: FONAS Newsletter 10 (2010), 10, S. 3-5.
- Jürgen Altmann: Uninhabited Systems and Arms Control. In: Gerhard Dabringer (Hrsg.) Ethical and Legal Aspects of Unmanned Systems: Interviews. Wien: Bundesminister für Landesverteidigung und Sport 2010, S. 121-128.

Weltraumbewaffnung und Optionen für präventive Rüstungskontrolle

Projektleiter: **Prof. Dr. Götz Neuneck**, Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH)

- Oliver Meier: Auf dem Weg der Besserung? Der Nukleare Nichtverbreitungsvertrag nach der Überprüfungskonferenz 2010. In: Internationale Politikanalyse, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung 2010.
- Oliver Meier: EU Calls for NPT Action Plan. In: Arms Control Today 40 (2010), 4, S.6.
- Oliver Meier: Arms Control Implications of the US-India Deal: An Assessment. In: Subrata Ghoshroy/Götz Neuneck (eds.): South Asia at a Crossroads. Conflict or Cooperation in the Age of Nuclear Weapons, Missile Defense, and Space Rivalries. Baden Baden: Nomos 2010, S. 287-298.
- Oliver Meier: OPCW Chiefs Ponder Chemical Arms Deadlines. In: Arms Control Today 40 (2010), 1, S. 32-33.

- Gunnar Jeremias, Iris Hunger: Building Transparency in the World Wide Trade in Biological Dual Use Equipment. Research Group for Biological Arms Control: Occasional Paper No. 12, Hamburg, Dec 2010.

Präventive Rüstungskontrolle: Analyse von Potenzialen für Rüstungskontrolle und Verifikation biologischer Waffen unter besonderer Berücksichtigung neuer Entwicklungen in der Biotechnologie

Projektleiterin: **Prof. Dr. Kathryn Nixdorff**

- Alexander Kelle, Kathryn Nixdorff, Malcolm Dando: Strengthening BWC prevention of state-sponsored bioweapons. In: Bulletin of the Atomic Scientists 66 (2010), 1, S.18-23.
- Kathryn Nixdorff: Advances in targeted delivery and the future of bioweapons. In: Bulletin of the Atomic Scientists 66 (2010), 1, S. 24-33.

Folgende Publikationen sind über die DSF zu beziehen:

Forschung DSF:

- Stephan Böckenförde: Die War Powers Resolution als ein mögliches Modell für ein Entsendegesetz/Parlamentsbeteiligungsgesetz. Osnabrück 2004 (Heft 1).
- Gerald Schneider/Margit Bussmann: Globalisierung und innenpolitische Stabilität: Der Einfluss außenwirtschaftlicher Öffnung auf das innenpolitische Konfliktpotenzial. Osnabrück 2005 (Heft 2).
- Jürgen Altmann: Nanotechnology and Preventive Arms Control. Osnabrück 2005 (Heft 3).
- Lars Klein/Andreas Steinsieck: Geschichte der Kriegsberichterstattung im 20. Jahrhundert: Strukturen und Erfahrungszusammenhänge aus der akteurszentrierten Perspektive. Osnabrück 2005 (Heft 4).
- Linda Helfrich/Sabine Kurtenbach: Kolumbien - Wege aus der Gewalt. Zur Frage der Transformation lang anhaltender Konflikte. Osnabrück 2006 (Heft 5).
- Götz Neuneck/André Rothkirch: Weltraumbewaffnung und Optionen für präventive Rüstungskontrolle. Osnabrück 2006 (Heft 6).
- Michael Brzoska/Wolf-Christian Paes: Die Rolle externer wirtschaftlicher Akteure in Bürgerkriegsökonomien und ihre Bedeutung für Kriegsbeendigungsstrategien in Afrika südlich der Sahara. Osnabrück 2007 (Heft 7).
- Thorsten Stodiek/Wolfgang Zellner: The Creation of Multi-Ethnic Police Services in the Western Balkans: A Record of Mixed Success. Osnabrück 2007 (Heft 8).
- Thorsten Benner/Andrea Binder/Philipp Rotmann: Learning to Build Peace? United Nations Peacebuilding and Organizational Learning: Developing a Research Framework. Osnabrück 2007 (Heft 9).
- Bernd W. Kubbig: Missile Defence in the Post-ABM Treaty Era: The International State of the Art. Osnabrück 2007 (Heft 10).
- Jens Binder/Michael Diehl: Entscheidungen in multilateralen Konflikten. Osnabrück 2007 (Heft 11).
- Alexander Kelle/Kathryn Nixdorff/Malcolm Dando: A Paradigm Shift in the CBW Proliferation Problem: Devising Effective Restraint on the Evolving Biochemical Threat. Osnabrück 2008 (Heft 12).
- Sabine Klotz: Der Beitrag des zivilen Friedensdienstes zur zivilen Konfliktbearbeitung in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo. Osnabrück 2008 (Heft 13).
- Sven Chojnacki: Wandel der Gewaltformen im internationalen System, 1946-2006. Osnabrück 2008 (Heft 14).

- Susanne Buckley Zistel: *Between Past and Future. An Assessment of the Transition from Conflict to Peace in Post-genocide Rwanda*. Osnabrück 2008 (Heft 15).
- Jürgen Altmann: *Millimetre Waves, Lasers, Acoustics for Non-Lethal Weapons? Physics Analyses and Inferences*. Osnabrück 2008 (Heft 16).
- Helmut Breitmeier: *Globaler Klimawandel und Gewaltkonflikte – Eine Studie zum internationalen Forschungsstand im Auftrag der Deutschen Stiftung Friedensforschung*. Osnabrück 2009 (Heft 17).
- Matthias Basedau/Peter Körner: *Zur ambivalenten Rolle von Religionen in afrikanischen Gewaltkonflikten*. Osnabrück 2009 (Heft 18).
- Wolfgang Liebert/Matthias Englert/Christoph Pistner: *Kernwaffenrelevante Materialien und Präventive Rüstungskontrolle: Uranfreie Brennstoffe zur Plutoniumbeseitigung und Spallationsneutronenquellen*. Osnabrück 2009 (Heft 20)
- Andreas Heinemann-Grüder: *Föderalismus als Konfliktregelung*. Osnabrück 2009 (Heft 21).
- Matthias Dembinski/Andreas Hasenclever/Katja Freistein/Britta Weifen/Makiko Yamauchi: *Managing Rivalries – Regional Security Institutions and Democracy in Western Europe, South America, Southeast Asia and East Asia*. Osnabrück 2009 (Heft 22).
- Andreas Mehler/Daniel Lambach/Judy Smith-Höhn: *Legitimate Oligopolies of Violence in Post-conflict Societies with particular Focus on Liberia and Sierra Leone*. Osnabrück 2010 (Heft 23)
- Volker Franke/Marc von Boemcken: *Attitudes, Values and Professional Self-Concepts of Private Security Contractors in Iraq. An Exploratory Study*. Osnabrück 2011 (Heft 24)
- Sabine Kurtenbach/Oliver Hensengerth: *Politische und gesellschaftliche Brüche nach dem Krieg: Jugendgewalt in Kambodscha und Guatemala*. Osnabrück 2010 (Heft 25).
- Ulrike Joras/Karsten Palme/Tina Alluri/Martina Leicher: *Tourismus, Frieden und Konflikt: Effekte, Strategien und das privatwirtschaftliche Engagement in der Friedensförderung*. Osnabrück 2011 (Heft 26).
- Wolfgang Frindte/Bertram Scheufele/Nicole Haußecker/Jens Jirschitzka/Susan Gniechwitz/Daniel Geschke/Katharina Wolf: *Terrorismus – mediale Konstruktion und individuelle Interpretation: Ein friedenswissenschaftlicher Beitrag zur medien- und sozialwissenschaftlichen Analyse und Bewertung terroristischer Bedrohungen in Deutschland*. Osnabrück 2011 (Heft 27).
- Dirk Peters/Wolfgang Wagner: *Parlamentarische Kontrolle von Militäreinsätzen in westlichen Demokratien*. Osnabrück 2011 (Heft 28).
- Tobias Pietz/Leopold von Carlowitz: *Ownership in Practice: Lessons from Liberia and Kosovo*. Osnabrück 2011 (Heft 29).
- Volker Lenhart/Alamara Karimi/Tobias Schäfer: *Feldevaluation friedensbauender Bildungsprojekte*. Osnabrück 2011 (Heft 30).

- Thorsten Benner/Stephan Mergenthaler/Philipp Rotmann: The Evolution of Organizational Learning in the UN Peace Operations Bureaucracy. Osnabrück 2011 (Heft 31).

Arbeitspapiere DSF:

- Die Rolle von Religionen in Gewaltkonflikten und Friedensprozessen. 2. Interdisziplinärer Workshop von DSF, EAD und FEST zur Einrichtung eines multidisziplinären Forschungsverbundes „Religion und Konflikt“ am 12. und 13. Mai 2006 in Loccum. Osnabrück 2007 (Heft 2).
- Grundprobleme der Konfliktbeteiligung und Friedenkonsolidierung mit besonderer Berücksichtigung der Konflikttherde auf dem afrikanischen Kontinent. Osnabrück 2007 (Heft 3).
- Wie lässt sich die globale Aufrüstungsdynamik umkehren? Handlungsoptionen für eine friedenssichernde Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik. Beiträge zum Parlamentarischen Abend der DSF am 25. September 2008 in Berlin. Osnabrück 2009 (Heft 4).
- Erhöhte menschenrechtliche Anforderungen an multilaterale Friedensmissionen? – „Menschliche Sicherheit“ als Herausforderung für die internationale Friedenspolitik. Fachgespräch mit dem „Arbeitskreis Außen- und Sicherheitspolitik“ und der „Arbeitsgruppe Wehrpolitik“ der CSU Fraktion im Bayerischen Landtag am 15.1.2009 in München. Osnabrück 2009 (Heft 5).
- Mit Hamas und Taliban an den Verhandlungstisch? Möglichkeiten und Grenzen der Einbindung von Gewaltakteuren in Friedensprozesse. Beiträge zum Parlamentarischen Abend der DSF am 28. September 2010 in Berlin. Osnabrück 2011 (Heft 7).

Forum DSF:

- Deutsche Stiftung Friedensforschung: 2001 bis 2006/100 Jahre Friedensnobelpreis: Bertha von Suttner. Osnabrück 2006 (Heft 3).
- Normen, Akteure und Konflikte im Wandel? Friedenspolitik in einer multipolaren Welt. Veranstaltung aus Anlass des zehnjährigen Bestehens der Deutschen Stiftung Friedensforschung im Haus der EKD Berlin, 2. Dezember 2010. Osnabrück 2011 (Heft 4).

Jahresberichte DSF:

- Jahresberichte 2001-2010.